: antifaschistische nachrichten **Nr. 4**

g 3336 26.2.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Diese Stadt hat Nazis satt"

DRESDEN. Über 10.000 Antifaschisten protestierten am 14. Februar in Dresden gegen Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus. Sie wandten sich gegen den bisher größten Aufmarsch von Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Ausland, die erneut versuchten, das Gedenken an die Zerstörung der Stadt bei den Angriffen amerikanischer und britischer Bomber am 13. und 14.2.1945 für ihre Zwecke zu missbrauchen. Schon vorher war an vielen Stellen Dresdens zu lesen „Diese Stadt hat Nazis satt". Ein überparteiliches Bündnis hatte unter dem Motto „Geh denken!" aufgerufen, sich den Nazis in den Weg zu stellen. In zahlreichen Veranstaltungen in Kirchen und auf Plätzen wurde der Opfer des Krieges gedacht, aber auch der Versuch von Rechtsextremen zurückgewiesen, das Andenken an die Kriegsopfer zu „besudeln", wie es die Dresdener Oberbürgermeisterin Orosz formulierte. Dennoch blieb es zur Freude der Neonazis bei getrennten Wegen des Protestes der bürgerlichen und der eher linken Kräfte. 4300 Polizisten hatten ihre Hauptaufgabe darin gesehen, die Demonstrationszüge der Antifaschisten und der Neonazis auf Distanz zu halten. So konnten letztere wiederum ungestört vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt marschieren und ihre Kundgebung abhalten, auf der neben der militaristischen Galionsfigur der Nazis, dem 97-jährigen ehemaligen Ritterkreuzträger und Luftwaffenoffizier Hajo Herrmann, Faschisten aus Spanien und der Slowakei, als Hauptredner dann Holger Apfel und schließlich der neue DVU-Vorsitzende Matthias Faust ihre Tiraden losließen. Auf der Rückfahrt aus Dresden wurden bei Chemnitz und Jena antifaschistische Demo-Teilnehmer von Neonazis (darunter solche aus Schweden) überfallen, teilweise schwer verletzt. (siehe auch Seite 5)

Newsletter der — BAG Rechtsextremismus / Antifaschismus DIE LINKE, Antifa aktuell 2/2009 ■

Inhalt:



Foto: Neues Deutschland

NPD kann Landesparteitag ungestört durchführen

NIEDERSACHSEN. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit hat am 15. Februar im Seelzer Stadtteil Dedensen (in der Nähe von Hannover) der Landesparteitag der NPD stattgefunden. Die Versammlung von ca. 50 Mitgliedern fand im Gasthaus „Zum Deutschen Haus" statt, um die Landesliste für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf festzulegen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die NPD-Funktionäre in dem Hotel- und Landgasthof zusammenkommen. Bereits im Jahr 2006 hielt die NPD im „Deutschen Haus" ihren Landesparteitag ab. Damals hatte es massive Proteste gegen das Treffen gegeben. In dem Wirtshaus soll darüber hinaus auch der monatliche „Stammtisch Nationale Kräfte" stattfinden.

Die Linksfraktion hat einen Tag nach dem nichtöffentlichen Parteitag der NPD im Landtag scharfe Kritik an Innenminister Schünemann geübt. „Wieder einmal hat das Frühwarnsystem von Schünemanns Behörde versagt", sagte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Pia Zimmermann. Auch nach dem Treffen im Jahr 2006 war der Minister von einigen Abgeordneten kritisiert worden. Das Innenministerium wies die Kritik zurück. „Es hat kein Versagen gegeben", so der Sprecher Schünemanns. Es habe sich bei dem Treffen um eine nichtöffentliche Veranstaltung in Privaträumen gehandelt. Sie könne nur verboten werden, wenn von ihr Gefahr ausgehen oder dort Straftaten begangen werden", erläuterte der Sprecher weiter. Der SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Aller zeigte sich besorgt angesichts der Vorgänge in Dedensen. „Mit Blick auf das, was die Nazis am 1. Mai in Hannover vorhaben, war das der erste Testballon der NPD, um zu zeigen: Wir sind schon hier", so Aller. Es sei bedenklich, dass immer mehr Treffen von Rechtsextremisten als geschlossene Veranstaltungen deklariert werden.

Auf ihrem Parteitag wählten die NPD-Delegierten Andreas Molau, den stellvertretenden niedersächsischen Vorsitzenden, auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahl. Auf dem zweiten Rang landete Ulrich Eigenfeld, Niedersachsens derzeitiger NPD-Chef, Platz drei belegte Matthias Behrends. Nach Angaben von Molau war Behrends erst vor Kurzem in die Partei eingetreten und gehört der rechtsextremistischen Kameradschaft „Snevern-Jungs" an.

Molau hatte sich in der Vergangenheit mehrfach dafür ausgesprochen, die „Freien Kameradschaften", von denen die meisten als gewaltbereit eingestuft werden, enger an die Partei anzubinden. Mit der Wahl von Matthias Behrends auf einen der vorderen Listenplätze scheint diese Linie weiter fortgesetzt zu werden.

bee – Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 15.2.09 ■

„Pro" in Wilhelmshaven

WILHELMSHAVEN. Die so genannte „Bürgerbewegung pro Deutschland" um den „Pro Köln"-Stadtrat Manfred Rouhs, ehemals Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten", will einen Ableger in Wilhelmshaven gründen. Die dortige Initiative sei von Joachim Münch ausgegangen. Dieser war 1996 in den dortigen Stadtrat gewählt worden, schreibt „Pro Deutschland" auf seiner Webseite. Dass Münch damals für die extrem rechten „Republikaner" in den Rat der Stadt eingezogen war, wird dezent verschwiegen. Unterstützung findet Münch bei Ratsmitglied Peter Müller, der ursprünglich für die neofaschistische NPD in den Wilhelmshavener Stadtrat gewählt wurde und in der Vergangenheit sogar deren Unterbezirks-Vorsitzender war. Nach internen Auseinandersetzungen, so u.a. über den Einfluss „Freier Nationalisten" in der lokalen NPD, wechselte Müller zur „Deutschen Partei", wo er schon bald in den Kreisvorstand gewählt wurde. *hma* ■

Rieger zum Abriss des Heisenhofes verpflichtet

VERDEN. In seinem Urteil vom 6. Februar 2009 bestätigte die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts Stade die Abrissverfügung des Kreises Verden gegen den Nazianwalt Jürgen Rieger. Danach muss Rieger den von seiner Londoner Briefkastenfirma Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd gekauften Heisenhof abreißen lassen.

Im April 2004 hatte Rieger im Namen der Firma das Hofgelände in Dörverden für 255 000 Euro ersteigert. Es sollte dort zum Nazizentrum ausgebaut werden. In der Gemeinde und im Umland formierte sich schnell ein breit angelegtes Bündnis gegen Rechtsextremismus, das vielfältige Aktionen durchführte. Am 29. August 2006 wurde Riegers Firma aus dem Handelsregister gestrichen, weil er nicht die geforderten Rechenschaftsberichte vorgelegt hatte. Diese legte er jedoch nach und nach vor, so dass die Firma unter dem Namen Wilhelm Tietjen Stiftung Limited unter der Adresse Ground Floor West, 68 South Lambeth Road, London, SW8 1RL am 2. Mai wieder in das Register eingetragen worden ist. Andernfalls wäre der Besitz der Firma an die englische Krone (Staat) gefallen. Die Queen wäre wohl auch „not amused" über diesen Vermögenszuwachs gewesen. Unter gleicher Londoner Adresse firmiert die Unternehmensberatung Louw and Company mit ihren beiden Geschäftsführern Dean Louw und Gary Shepheard.

Das Stader Verwaltungsgericht entschied, dass es für die Gebäude auf dem Heisenhof nach Aufgabe der früheren militärischen Nutzung keinen Bestandsschutz mehr gebe. Es handele sich um einen Außenbereich, in dem nur privilegierte Bauten nach § 35 Baugesetzbuch zulässig seien – also beispielsweise landwirtschaftliche Gebäude. Für den Heisenhof aber sei „keinerlei privilegierte Nutzung in Sicht". Deshalb müssten die Gebäude beseitigt werden.

Eine Berufung gegen das Urteil ist zwar nicht zugelassen, kann aber beantragt werden. Dies wird Rieger voraussichtlich tun. Das weitere Verfahren bleibt also abzuwarten.

Das schriftliche Urteil mit der Begründung soll in ein bis zwei Monaten vorgelegt werden. *d.h.* ■

„Recht und Wahrheit" eingestellt

SPANIEN/ARGENTINIEN. Die neofaschistische Zeitschrift „Recht und Wahrheit" ist eingestellt worden. Nach „einem Schlaganfall" und „wegen mehrerer anstehender Operationen" sei eine weitere Herausgabe nun nicht mehr möglich, schreibt Hille Bosse an die Leser der Zeitschrift. Nach dem Tod ihres Mannes, Georg Albert Bosse, im Jahr 2005 hatte der in Argentinien geborene Armin Mühlbauer die redaktionelle Arbeit übernommen. Die erste Ausgabe von „Recht und Wahrheit" im Jahr 2009 war erst kürzlich erschienen. Eine Weiterführung der Zeitschrift habe Mühlbauer aber abgelehnt, so Hille Bosse sichtlich enttäuscht. Die zu ihren besten Zeiten in einer Auflage von ein paar tausend Exemplaren erschienene Zeitschrift „Recht und Wahrheit" war 1984 als Organ von „Die Deutsche Freiheitsbewegung" (DDF) entstanden. Zu deren Gründern gehörte der ehemalige Wehrmachtsoffizier Otto-Ernst Remer, der als Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland" am 20. Juli 1944 seinen Anteil an der Niederschlagung des Putschversuches hoher Wehrmachts-Offiziere gegen Hitler hatte. Remer, nach dem 2. Weltkrieg zweiter Vorsitzender der neofaschistischen „Sozialistischen Reichspartei", war bis zu seinem Tod im Jahr 1997 Ehrenvorsitzender der DDF, der Bosse vorstand. *hma* ■

„GfP"-Tagung über die EU

BERLIN-BRANDENBURG. Die neofaschistische „Gesellschaft für freie Publizistik" will vom 8. bis 10. Mai im „Großraum Berlin-Brandenburg" ihren alljährlichen „Deutschen Kongreß" durchführen. Unter dem Titel „EU – Europas Unglück" werden zahlreiche Referenten angekündigt. So u.a. der neue stellvertretende Bundesvorsitzende der DVU, Ingmar Knop, der persönliche Referent des FPÖ-Europaparlamentariers Andreas Mölzer, Magister Dimitrij Grieb, der Gründer der „Kontinent Europa Stiftung", Patrik Brinkmann, der Mitherausgeber der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa", Harald Neubauer, sowie einige bekannte NPD-Aktivisten. Ebenfalls seine Teilnahme angekündigt hat der Historiker Mario Kandil aus Linnich. Diesem hatten verschiedene Volkshochschulen am Niederrhein kürzlich ihre Zusammenarbeit aufgekündigt, nachdem bekannt wurde, dass Kandil als „ständiger Mitarbeiter" der extrem rechten Zeitschrift „Deutsche Geschichte" tätig ist und bei den „Zeitgesprächen" der einschlägig rechten Verlage „Druffel" und „Vowinckel" als Referent aufgetreten war. *hma* ■

Stocker-Verlag verliert Prozesse

ÖSTERREICH/GRAZ. Im März 2007 hatte der Grazer Leopold Stocker-Verlag erneut gegen kritische Veröffentlichungen der antifaschistischen Gruppe MayDay 2000 geklagt. Dabei wurde der Streitwert – wie schon in vorherigen Verfahren – mit 30000 Euro sehr hoch angesetzt. Nach fast zwei Jahren hat das Grazer Landesgericht für Zivilrechtssachen nun die Klage des Verlags abgewiesen und das Unternehmen dazu verurteilt, die gesamten Kosten des Verfahrens zu übernehmen. Damit konnte auch der dritte Prozess, den Verlags-Geschäftsführer Wolfgang Dvorak-Stocker seit 2004 gegen MayDay 2000 angestrengt hatte, gewonnen werden. MayDay 2000 hofft nun, irgendwann finde sich einmal sogar Wolfgang Dvorak-Stocker damit ab, dass sich Kritik an einer rechtsaußen Verlagspolitik nicht durch gerichtliche Klagen zum Schweigen bringen lässt. *hma* ■

Naziparolen an der Mauer um die KZ Gedenkstätte Mauthausen

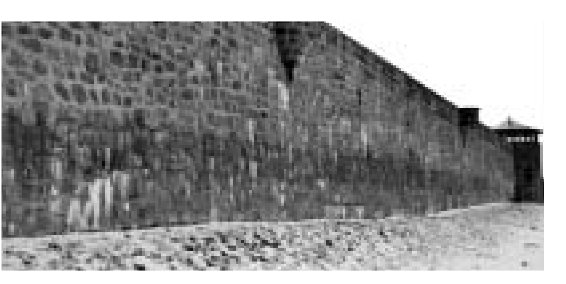
In der Nacht vom 11. auf den 12. Februar 2009 wurde die Außenmauer der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen mit Naziparolen beschmiert. Weithin sichtbar steht in 70 Zentimeter großen Buchstaben an der Mauer neben dem Eingang in die Gedenkstätte:

„Was unseren Vätern der Jud ist für uns die Moslembrut seid auf der Hut! 3. Weltkrieg – 8. Kreuzzug".

Der Vorsitzende des Mauthausen Komitee Österreich, Willi Mernyi, stellte gegenüber der Presse treffend fest: „Die Schändung der KZ-Gedenkstätte bedeutet eine ganz neue Dimension des Rechtsextremismus. Hier wurde nicht nur irgendeine Hausmauer beschmiert, sondern ganz bewusst das ehemalige KZ Mauthausen. Da stecken keine ‚dummen

Buben‘ dahinter, sondern rechtsradikale Provokateure. Die Wortwahl zeigt, dass die Täter mit der Diktion von NS-Hetzblättern wie dem ‚Stürmer‘ mehr als vertraut sein müssen.“

Das Comité International de Mauthausen, ein Zusammenschluss von 20 Länderorganisationen der ehemaligen Häftlinge des KZ Mauthausen, forderte in einem Schreiben an Bundeskanzler Faymann und Bundespräsident Fischer „eine rasche Ergreifung der Täter und eine dauernde polizeiliche Überwachung der Gedenkstätte“, denn „einen derartigen Anschlag auf die Gedenkstätte Mauthausen hat es bisher noch nie gegeben.“



Die österreichische Islamische Glaubensgemeinschaft appellierte am Samstag (14.2.09) an die Politik, die „Signale ernst zu nehmen“.

Die Geschichte hat unmissverständlich gezeigt, dass man den Nazis frühzeitig und entschlossen entgegen treten muss. Jede Verharmlosung und auch jede taktische tagespolitische Instrumentalisierung fördert ihre gesellschaftliche Akzeptanz und stärkt ihnen den Rücken.

Deshalb verurteilen auch wir, die Mitgliedsorganisationen des Mauthausen Komitee Deutschland, diese Straftat aufs Schärfste und fordern von den zuständigen Sicherheitsbehörden eine rasche Ausforschung der Täter und von der Justiz eine konsequente Anwendung der entsprechenden Gesetze gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung.

Von der österreichischen Bundesregierung fordern wir, die sofortige und dauernde polizeiliche Überwachung der Gedenkstätte zu veranlassen.

Mauthausen Komitee Deutschland (Dachverband)
info@lag-mauthausen.de ■

Neonazis über Schändung

Österreich. Unter der Überschrift „Arbeitslager Mauthausen geschändet“ diskutieren und feiern deutsche und österreichische Neonazis auf Thiazi die Tat. Während sich zwei NS-Aktivisten vorstellen können, dass „die ANTIFA hinter dem ganzen steckt“, um „den Hass gegen die rechte Seite erneut zu schüren“, macht ein dritter „Idioten“ verantwortlich: Diese „Strache-Fanatiker“ würden glauben, „einen Kreuzzug gegen Osmanen führen zu müssen“. Die große Mehrheit der Neonazis begrüßt die Schändung jedoch. Damit sollte „die deutsche Bevölkerung vor der Islamisierung und Landnahme Deutschlands durch moslemische Zivilisten“ gewarnt werden, der Spruch sei „amüsant und intelligent“. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung wird jedoch auch Kritik am „Vergleich zwischen Juden vor der Ära des dritten Reichs und den muslimischen Einwanderern“ laut. Ideologisch gefestigte Neonazis würden zudem in ihrem antisemitischen Hass nie „Juden und Araber auf eine Stufe“ stellen. Denn nur Erstere würden die Welt beherrschen (wollen) und „uns [...] eine hohe Inflation“ oder eine „Weltwirtschaftskrise“ bescheren. Weil die Gedenkstätte KZ Mauthausen „für unsere Schulen Kultcharakter“ habe und ein Besuch dazu diene, „jedes unkritische oder naive Kind von nationalsozialistischen Ansätzen zu heilen“, bleibt sie weiterhin ein Dorn im Auge von Neonazis und Rechtsextremen. Und daher soll „es mit Sicherheit auch nicht der letzte ‚Anschlag‘ auf diese Stätte der Umerziehung“ bleiben.

Neues von ganz rechts Februar 2009, www.doew.at ■

Eine Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus – was kann sie leisten?

Hans-Peter Killguss, NS-Dokumentationszentrum Köln

Eine Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ist eine alte Forderung der Antifa-Bewegung. Köln ist die erste Stadt, die eine solche feste Stelle hat. ibs ist *kein* zeitlich begrenzt finanziertes Projekt, sondern soll dauerhaft die pädagogische Arbeit des NS-Dokumentationszentrums um den Aspekt der Auseinandersetzung mit aktuellen rechtsextremen Ideologien und Erscheinungsformen erweitern. Ziel ist es, das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit zu fördern sowie extrem rechten Denk- und Handlungsmustern vorzubeugen und ihnen entgegenzutreten. Hans-Peter Killguss wird über die Konzeption von ibs und über die bisherigen praktischen Erfahrungen berichten.

Ein Denkmal für Deserteure – was kann es bewegen?

Malle Bensch-Humbach und Dr. Elvira Högemann, Köln

Am 28.6.2006 fasste der Rat der Stadt Köln auf Initiative der LINKEN. den Beschluss, für „Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer der Nazi-Herrschaft“ ein Denkmal zu errichten. Eine „Projektgruppe KriegsgegerInnen als Opfer der Militärjustiz in Köln“, der unsere Referentinnen angehören, hat inzwischen viel Material zusammengetragen, in Archiven geforscht, um diese wenig beachtete Gruppe von NS-Opfern ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Namhafte Künstler beteiligen sich an dem inzwischen ausgeschriebenen Wettbewerb. Am Antikriegstag, am 1. September 2009, so die Planung, soll das Denkmal eingeweiht werden.

Samstag, 7. März 2009
14.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

Veranstalter: ■ Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
■ DIE LINKE. Köln

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar gaben die Vorsitzenden der Lagergemeinschaften die nachfolgende Erklärung ab:

Wir, die Unterzeichnenden, Überlebende der deutschen Konzentrationslager, Frauen und Männer, vertreten Internationale Häftlingskomitees der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos. Wir gedenken unserer ermordeten Familien und der Millionen Opfer, die an diesen Orten der Asche getötet wurden. Ihre Verfolgung und Ermordung aus rassischen, politischen, religiösen, sozialen, biologischen und ökonomischen Gründen und ein verbrecherischer Krieg haben die Welt an den Rand des Abgrunds geführt und eine schreckliche Bilanz hinterlassen.

Nach unserer Befreiung schworen wir eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen: Wir haben uns engagiert, um eine Wiederkehr dieser unvergleichlichen Verbrechen zu verhindern. Zeitlebens haben wir Zeugnis abgelegt, zeitlebens waren wir darum bemüht, junge Menschen über unsere Erlebnisse und Erfahrungen und deren Ursachen zu informieren.

Gerade deshalb schmerzt und empört es uns sehr, heute feststellen zu müssen: Die Welt hat zu wenig aus unserer Geschichte gelernt. Gerade deshalb müssen Erinnerung und Gedenken weiterhin gleichermaßen Aufgabe der Bürger und der Staaten sein.

Die ehemaligen Lager sind heute steinerne Zeugen: Sie sind Tatorte, internationale Friedhöfe, Museen und Orte des Lernens. Sie sind Beweise gegen Verleugnung und Verharmlosung und müssen auf Dauer erhalten werden. Sie sind Orte der wissenschaftlichen Forschung und des pädagogischen Engagements. Die pädagogische Betreuung der Besucher muss ausreichend gewährleistet sein.

Die unvergleichlichen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten – erinnert werden muss in diesem Zusammenhang vor allem an den Holocaust – geschahen in deutscher Verantwortung. Deutschland hat viel zur Aufarbeitung seiner Geschichte getan. Wir erwarten, dass die Bundesrepublik und ihre Bürger auch in Zukunft ihrer Verantwortung in besonderem Maße gerecht werden.

Aber auch Europa hat seine Aufgabe: Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden, Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden. Daher bekräftigen wir den von der ehemaligen Präsidentin des Europäischen Parlaments und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil vor dem Deutschen Bundestag 2004 ausgesprochenen Appell zur Weitergabe der Erinnerung: „Europa sollte seine ge-

meinsame Vergangenheit als Ganzes kennen und zu ihr stehen, mit allen Licht- und Schattenseiten; jeder Mitgliedstaat sollte um seine Fehler und sein Versagen wissen und sich dazu bekennen, mit seiner eigenen Vergangenheit im Reinen zu sein, um auch mit seinen Nachbarn im Reinen sein zu können.“

Unsere Reihen lichten sich. In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene, treten Menschen an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen: Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft, sie setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden. Für diese Arbeit benötigen sie die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.

Die letzten Augenzeugen wenden sich an Deutschland, an alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft, die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in der Zukunft zu bewahren und zu würdigen. Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen.

Dies sei unser Vermächtnis.

Berlin, 25. Januar 2009,

Noach Flug (Jerusalem), Internationales Auschwitz Komitee; Sam Bloch (New York), World Federation of Bergen-Belsen; Bertrand Herz (Paris), Internationales Buchenwald Komitee; Max Mannheimer (München), Internationales Dachau Komitee; Uri Chanoch (Jerusalem), Internationales Komitee Nebenlager Dachau; Jack Terry (New York), Internationales Flossenbürg Komitee; Albert van Hoey (Brüssel), Internationales Komitee Mittelbau-Dora; Robert Pinçon (Tours), Internationales Neuengamme Komitee; Annette Chalut (Paris), Internationales Ravensbrück Komitee; Pierre Gouffault (Paris), Internationales Sachsenhausen Komitee

Rechte Straftaten erneut gestiegen

BERLIN. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ist im Jahr 2008 um 28 Prozent gestiegen – auf fast 14.000. Darunter sind 735 Gewalttaten gewesen. Im Jahr 2007 hat die Anzahl mit 10.935 deutlich unter den aktuellen Zahlen gelegen, die das Bundesinnenministerium auf monatliche Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag mitteilt.

Im bisherigen „Rekordjahr“ 2006 wurden 12.240 rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten registriert.

Auch die Zahl der verletzten Menschen ist 2008 von knapp 600 in 2007 auf 773 gestiegen. Es habe, so das Innenministerium mindestens ein Tötungsdelikt gegeben, das in der Statistik aber noch nicht enthalten sei. Auf die Einwohnerzahl bezogen gab es in Ostdeutschland die meisten Gewalttaten. ■

Pius-Bruderschaft und pro Köln:

Echte Fründe stonn zesamme

Nach der Wiederaufnahme von vier Bischöfen der ultrareaktionären Priesterbruderschaft St. Pius X. in den Schoß der katholischen Kirche, geriet die obskure Bruderschaft in den Focus der Medien. Der „Express“ berichtete über den Kölner Zweig der religiösen Rechtsorganisation und enthüllte dabei Skurriles: „Von Prior Matthias Grün sieht man bei der Messe fast nur den Rücken. Nachdem er die Hostie emporgehoben und wieder abgelegt hat, muss er Daumen und Zeigefinger stets zusammenhalten. ‚Es könnten sonst Brösel vom Leib Christi zu Boden fallen‘, erklärt Intsiful später. ‚Das darf nicht passieren‘.“ Das mutet zwar leicht grenzdebil an, ist aber zu belächeln und tut niemandem weh.



Intsiful neben Markus Beisicht und Manfred Rouhs

Aber der im „Express“ zu Wort kommende Joseph Intsiful, ein schwarzer Deutscher aus Porz, hat noch mehr zu sagen: „Homosexualität: ‚Eine Krankheit, die aber heilbar ist.‘ Pille: ‚Frauen, die sie nehmen, begehen mehr Ladendiebstähle.‘ Moscheebau: ‚Ich bin absolut dagegen.‘ Islam: ‚Die Moslems wollen uns auf Samtpfoten erobern. Das darf nicht geschehen.‘

Vor allem mit seinen zwei letzten Aussagen steht Intsiful nicht allein – sie könnten genau so von den pro-Köln-Rassisten stammen. Und welch göttliches Wunder: Genau bei denen tritt Intsiful auf. Bei der „„Mahnwache“ der Rouhs-Anhänger vor der DITIB-Moschee an der Venloer Straße agierte er im Dezember als Redner, um gegen Muslime zu hetzen. Als die Linksfraktion im Kölner Rat den braunen Hintergrund des Ultrakatholiken Intsiful enthüllte, reagierte pro Köln zwar gereizt, konnte die Tatsachen aber nicht abstreiten: „„Herr Intsiful ist ein gern und regelmäßig gesehener Gast auf pro-Köln-Veranstaltungen... Die Mitgliedschaft... in der Pius-Bruderschaft stellt für uns überhaupt kein Problem dar, pflegt pro Köln doch verschiedenste gute Kontakte auf allen Ebenen zu konservativen katholischen Kreisen, in- und außerhalb der offiziellen Amtskirche“.

Die Vorstellung fällt nicht schwer, gab es in der Vergangenheit doch immer wieder eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen faschistischen Kräften und dem rechten Teil der katholischen Kirche. Ob im kroatischen Ustascha-Faschismus oder dem Faschisten Tiso in der Slowakei, der portugiesischen und spanischen Rechtsdiktatur oder der guten Zusammenarbeit des Großteils der katholischen Kirche mit den Nationalsozialisten: Gegen Juden und Linke war man sich einig und ging arbeitsteilig vor: Die (Klerikal-)Faschisten mordeten und die heilige Mutter Kirche hielt ihre schützende Hand über sie und verhalf ihnen nach 1945 gegebenenfalls zur Flucht.

Vom französischen Zweig der Piusbruderschaft ist seit langem bekannt, dass er gute Beziehungen zum Front National unterhält. Die deutschen Pius-Brüder waren politisch bisher eher unauffällig – jetzt stellt sich heraus, das zumindest eines ihrer Mitglieder ein gern und regelmäßig gesehener Gast bei pro Köln ist. Der prominente bischöfliche Holocaust-Leugner Richard Williamson steht offenbar in seiner Organisation nicht völlig isoliert da. Und was die laut pro Köln „guten Kontakte auf allen Ebenen“ zu konservativen katholischen Kreisen auch innerhalb der Amtskirchen betrifft: Antifaschist (inn)en, egal ob Christen oder nicht, sollten einen kritischen Blick auf den rechten Flügel des Katholizismus werfen und gegebenenfalls aktiv werden – innerhalb und außerhalb der Kirche.

tri ■

Dresden am 13./14. Februar

german-foreign-policy veröffentlichte dazu den nachfolgenden Hintergrundartikel:

Mit hilflosen Parolen reagieren Politik und Medien auf den Neonazi-Aufmarsch vom vergangenen Wochenende in Dresden – mit rund 6.000 Teilnehmern einer der größten in der Geschichte der Bundesrepublik. Wie die Dresdner Oberbürgermeisterin erklärt, „besudeln“ die Rechtsextremen „unser Dresden“; „diese Bande“ habe „hier in Dresden nichts zu suchen“.[1] Medienkommentatoren sprechen von einem „Nazi-Fluch“ [2], der von außen über „eine der schönsten Städte Deutschlands“ hereingebrochen sei, und wähnen das Gedenken an die Todesopfer der britisch-amerikanischen Luftangriffe vom Februar 1945 von rechtsextremen Demonstrationen „überschattet“ [3]. Über die Ursachen, die den neonazistischen Massenaufmarsch ermöglichten, wird nicht ernsthaft diskutiert; allenfalls heißt es, die Gegendemonstranten trügen Schuld: „Je mehr politische Gegenkräfte sie auf die Beine bringen, (...) umso attraktiver wird das Datum für die Neonazis“.[4]



1990: Neubestimmung

Tatsächlich nützt den Neonazis eine Entwicklung in der offiziösen deutschen Geschichtsdebatte, die nicht zuletzt in Dresden aufmerksam beobachtet wird – seit fast 20 Jahren. Wie es in einer Untersuchung heißt, die sich dem lokalen Gedenken an die Bombenangriffe vom Februar 1945 widmet, wurde in der Bundesrepublik nach erfolgreicher Übernahme der DDR „das Verhältnis der Deutschen zu den Völkern Europas und der Welt neu bestimmt“.[5] Dies galt auch für die offiziöse Geschichtsdebatte. Dabei rückten in immer stärkerem Maße deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs in den Mittelpunkt. Exemplarisch dafür sind zahlreiche Publikationen und Spielfilme über die Umsiedlung der Deutschen, deren individuelles Leid nun vorrangig thematisiert wurde [6], aber auch Schriften, die alliierte Luftangriffe auf deutsche Städte behandeln. Besonders populär geworden ist eine Veröffentlichung (Jörg Friedrich: „Der Brand“), welche die Lage in den bombardierten Städten mit gewöhnlich zur Beschreibung von NS-Vernichtungslagern benutzten Begriffen beschreibt.

Begrüßt

Die Debatte genießt die ausdrückliche Zustimmung Berlins. Wie die Kulturstaatsministerin im Kanzleramt im Dezember 2002 mitteilen ließ, „begrüßt“ die Bundesregierung „die publizistische und wissenschaftliche Diskussion über den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg“.[7] Historiker beklagen die Fixierung auf deutsche Todesopfer: „Während es über die alliierten Bombardierungen eine Vielzahl von Publikationen gibt“, heißt es in einer kritischen Publikation, „fehlt immer noch eine zusammenfassende (deutschsprachige) Darstellung über die deutschen Luftangriffe und ihren Auswirkungen“, beispielsweise in „Polen, England, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland.“[8] Gleichzeitig knüpft die Debatte an alte Opferstereotypen an, deren Entstehung in die NS-Zeit zurückgeht; dies zeigt das Beispiel Dresden.

Im März 1945 konstruiert

Wie der Dresdner Experte Matthias Neutzner belegt, schließt die dortige Gedenkkultur an eine Chiffre an, die sich in der örtlichen Erinnerung über Jahrzehnte erhalten hat. Demnach sei die Stadt im Februar 1945 ohne Sinn und Zweck von der britischen und der amerikanischen Luftwaffe bombardiert worden; dabei seien bis zu mehreren hunderttausend Menschen zu Tode gekommen. Diese Chiffre „ist in wesentlichen Zügen schon im März 1945 konstruiert worden“ – von der NS-Propaganda, erklärt Neutzner.[9] Historische Erkenntnisse über das militärische Ziel der Bombardements haben die Chiffre ebenso widerlegt wie Unter-

weiter S. 6

Scharfe Kritik an Polizeiführung

Hessen/Thüringen. Nach dem Neonazi-Überfall auf Gewerkschafter aus Nordhessen am Samstagabend auf der Autobahnraststätte Teufelstal bei Jena hat der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen Stefan Körzell scharfe Kritik an der Polizeiführung in Thüringen geübt. Ihm sei unerklärlich, wie angesichts des massiven Aufmarschs von Rechtsextremen in Dresden dem Thüringer Innenministerium eine so krasse Fehleinschätzung der tatsächlichen Gefahren und Gefährdungslage für Demonstranten auf der Gewerkschaftsseite unterlaufen konnte. Jedes Fußballspiel und jedes Radrennen, so Körzell, werde besser geschützt als Menschen, die ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht auf Demonstration wahrnehmen würden. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextreme und deren Schlägertruppen werde damit konterkariert und der Kampf gegen Rechts behindert.

Körzell warf die Frage auf, warum nach dem Ende der Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Geh-Denken“ die Polizei in Dresden es bereits für überflüssig erachtet hatte, die Abfahrt der Busse zu überwachen und speziell die Busse mit den Rechtsextremen aus allen Teilen der Republik zu observieren.

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen: „Es ist nicht erst seit gestern bekannt, dass diese braunen Schlägertruppen es darauf anlegen zu provozieren und Gewalt gegen Andersdenkende anzuwenden. Die Polizeiführung kann doch nicht nach den Erfahrungen aus dem letzten Jahr so blauäugig sein und im Fall Dresden von lammfrommen Demonstranten aus der rechten Szene ausgehen!“

Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Rechtsextremen es auf ein regelrechtes Zusammentreffen wie etwa mit Gewerkschaftern anlegen, um anschließend über das Internet mit ihren vermeintlichen Großtaten zu prahlen. Wer halbwegs das Ohr an der rechtsextremen Szene habe und die Innenministerien hätten dies zweifellos, hätte keiner hellseherischen Fähigkeiten bedurft, um das Aufeinanderprallen von Neonazis und Gewerkschaftern vorauszusehen.

Spätestens am Samstagmorgen sei das Innenministerium in Thüringen vorgewarnt gewesen, da es bereits bei der Abfahrt von Bürgerinnen und Bürgern aus Weimar nach Dresden Angriffe von rechtsextremen Gruppierungen gegeben habe.

Beunruhigt zeigte sich Körzell über die Tatsache, dass vier der rechtsextremen Tatverdächtigen aus dem Landkreis Bergstraße stammen. Dies bestätige die seit längerem vom DGB gehegte Vermutung, dass die in diesem Landkreis agie- →

renden Neofaschisten als besonders gewalttätig eingestuft werden müssen.

Körzell fordert Hessens Innenminister Bouffier auf, die rechtsextremen Verbindungen aufzudecken und klare Konsequenzen mit deren Verbot zu ziehen. Die Innenminister Thüringens und Hessens müssen nun endlich Farbe bekennen, wie es die Landesregierungen mit dem braunen Mob halten.

„Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Operation des schwerverletzten Kollegen aus dem Schwalm-Eder-Kreis gut verlaufen sei. Der DGB werde den Genesungsverlauf verfolgen und habe dem betroffenen Kollegen bereits Unterstützung angeboten“ so Körzell. Die aus Sicht der Gewerkschaften gefährliche Entwicklung in der Gesellschaft, durch das zunehmende öffentliche Auftreten und Aufmarschieren rechtsextremistischer Gruppierungen und der damit verbundenen Gewalttätigkeit, dürfe auf keinen Fall hingenommen werden.

„Allen Menschen, denen das hohe Gut der Demokratie wichtig ist, muss es angesichts der Geschehnisse vom Wochenende ein verstärktes Anliegen werden, gemeinsame Auftritte von rechtsextremen und neofaschistischen Gruppen zu verhindern,“ appelliert Körzell abschließend.

DGB Thüringen Abteilung Organisation und Öffentlichkeitsarbeit, www.thueringen.dgb.de ■

Fortsetzung von Seite 5: Dresden 13./14. Februar

suchungen über die Zahl der Opfer (18.000 bis 25.000) – ohne Erfolg: Wie Neutzner beklagt, ist „eine Versachlichung der Diskussion (...) bislang nicht gelungen“.[10]

Immer stärker

Die Fokussierung auf die deutschen Todesopfer liegt im Trend der offiziösen Geschichtsdebatte – und nutzt den Neonazis, die offen an die NS-Dresden-Propaganda anknüpfen. Nach schwachen Anfängen 1998 sind die jährlichen Aufmärsche stets stärker geworden und haben dieses Jahr mit 6.000 Teilnehmern einen neuen Höhepunkt erreicht. Die aktuellen Gewaltexzesse nach der Demonstration, bei denen mehrere Gewerkschafter auf offener Straße schwer verletzt wurden, lassen das Erstarken der extremen Rechten deutlich erkennen.

Entschädigung

Während die Beschäftigung mit deutschen Todesopfern im Zweiten Weltkrieg weiter boomt – im sächsischen Plauen etwa wird für den 9. März eine Dokumentarfilmpremiere über „Plauen im Bombenkrieg“ angekündigt –, treibt die deutsche Rechte die Diskussion voran. Wie der Autor eines jüngst erschienenen Buches über die alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg erklärt, müssen die Bombardements, weil sie auch Zivilisten das Leben kosteten, als „Kriegsverbrechen“ eingestuft werden. Hätte man nach Kriegsende das Völkerrecht konsequent angewandt, wäre Winston Churchill „als Kriegsverbrecher verurteilt worden“, erklärt der Autor auf die Frage nach einem möglichen „Dresden-Tribunal“.[11] Auf die Frage, ob Deutschland – analog zu den italienischen Prozessen, bei denen Überlebende deutscher NS-Massaker Entschädigung zugesprochen bekommen hatten [12] - ebenfalls „Entschädigung verlangen“ könne, antwortet der Jurist: „Im Grunde ja.“

www.german-foreign-policy.com ■

[1] Tausende Menschen gedenken den Bombenopfern; Mitteldeutsche Zeitung 13.02.2009
[2] Der Nazi-Fluch von Dresden; Berliner Kurier 16.02.2009
[3] Riesen-Demo in Dresden - So viele Nazis wie selten; heute.de 14.02.2009
[4] „Kampf gegen Rechts“ lockt Nazis nach Dresden; Welt Online 14.02.2009
[5] Oliver Reinhard, Matthias Neutzner, Wolfgang Hesse (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005
[6] s. auch Work in Progress, Pflichtthema „Vertreibung“ und Sklavenhalter, eigener Bericht
[7] Bundestagsdrucksache 15/267, 20.12.2002
[8] Ralf Blank: Einleitung - Bombenkrieg, historicum.net, 20.02.2006
[9] „Mythos Dresden letzte NS-Propaganda-Kampagne“; tagesschau.de 14.02.2005
[10] Oliver Reinhard, Matthias Neutzner, Wolfgang Hesse (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005
[11] „Warum nicht ein Tribunal von Dresden?“; Junge Freiheit 10.02.2009
[12] s. dazu Ein immuner Staat, Totalabwehr und Neue Achse, eigener Bericht

Zukunft ohne Vergangenheit

Die Bundesregierung zahlt Millionen für einen Sonderzug der Industrie/ Keinen Cent für den „Zug der Erinnerung“

BERLIN/DRESDEN. Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland lässt die Bundesregierung in diesem Frühjahr einen 300 Meter langen Ausstellungszug durch 60 Städte fahren. Das Millionenprojekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. Der lukrative Umbau von insgesamt 12 Ausstellungswaggons findet zur Zeit auf dem Schienengelände der Deutschen Bahn AG in Berlin-Grunewald statt. Als „Zugpartner“ beteiligt sind die Firmen Siemens, Bayer, BASF und Volkswagen. Gemeinsam mit der Bundesregierung wollen sie auf den Bahnhöfen „für gut dotierte Arbeitsplätze in vielen Wirtschaftsunternehmen“ werben. Das hypertrophe Personalbüro, das auf Steuerkosten durch Deutschland fahren wird, verbrämt seine Absichten mit einem hochtrabenden Namen: „Expedition Zukunft“

Auch der „Zug der Erinnerung“ ist in diesem Frühjahr auf dem deutschen Schienennetz unterwegs – allerdings unterstützt ihn weder die Bundesregierung noch die deutsche Industrie. Im Gegenteil. Auf dem Umweg über die DB AG kassierte das Finanzministerium für den Zug der Erinnerung“ bisher 112 Tausend Euro Trassen- und Stationsgebühren. Die jüngsten Versuche, diese Summe wenigstens im gerade verabschiedeten Nachtragshaushalt unterzubringen (der ein Volumen von 50 Milliarden Euro hat) scheiterten trotz zahlreicher Interventionen aus dem Bundestag am vergangenen Freitag. Man habe „keinen geeigneten Haushaltstitel“ gefunden, um das eingezogene Geld an die Bürgerinitiative zurückzuerstatten, heißt es bei den Regierungsparteien. Seit über zwei Jahren wünschen sie der Erinnerung an die deportierten Kinder und Jugendlichen „viel Erfolg“, aber belassen es bei wohlfeilen Worten. Wohin diese Politik verbaler Unverbindlichkeiten und müder Rituale führt, zeigt der Neo-Nazi-Aufmarsch in Dresden.

Trotz fehlender staatlicher Unterstützung und einem faktischen Boykott der DB AG wird der „Zug der Erinnerung“ ab 2. März erneut durch Deutschland fahren. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Förderer des Vereins arbeiten mit Hochdruck an der Fertigstellung der Ausstellungswagen. Mit den Mitteln der Bundesregierung können es diese Anstrengungen nicht aufnehmen: Statt über 12 Waggons für die deutsche Industrie, die 300 Meter beanspruchen, verfügt der „Zug der Erinnerung“ nur über 2-3 Wagen. Er passt an jedes Regionalgleis. Zum Gedenken an über eine Million deportierter und ermordeter Kinder, die u.a. für Siemens und die Bayer-Vorläufer ihr Leben hingaben, ist das nicht viel. Jedoch ist es mehr als die offizielle Vergesslichkeit, die sich „Expedition Zukunft“ nennt und über Millionen verfügt.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Stafette des Gedenkens durch die Bahnhöfe der Deportationen

Bonn: 2. März bis 5. März. Koblenz: 6. März bis 8. März www. mahnmalkoblenz.de Mainz: 9. März bis 12. März Worms: 13. März bis 15. März Ludwigshafen: 16. März bis 18. März Speyer: 19. März bis 21. März Baden-Baden: 22. März bis 23. März Offenburg: 24. März bis 26. März Freiburg: 29. März bis 1. April Konstanz: 2. April bis 4. April Biberach a.d. Riß / Laupheim: 5. April bis 8. April Ulm: 20. April bis 22. April Augsburg: 23. April bis 25. April München: 27. April bis 1. Mai Regensburg: 4. Mai bis 6. Mai Nürnberg: 7. Mai bis 9. Mai Fürth: 10. Mai bis 12. Mai. Es folgen die Stationen Erlangen, Würzburg, Aschaffenburg, Offenbach und Wiesbaden u.a.

Die extreme Rechte im Europaparlament vor der Neuformierung

von Carsten Hübner

Andreas Mölzer, derzeit einziger Abgeordneter der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) im Europaparlament, gilt als einer der gewieftesten Strippenzieher in Brüssel. Seit Jahren werkelt er am Projekt einer europäischen Rechtspartei. Auch die Anfang 2007 aus der Taufe gehobene Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) ging wesentlich auf seine Bemühungen zurück. Dass der Zusammenschluss bereits im November desselben Jahres an internen Konflikten wieder zerbrach, ändert nichts an der Tatsache, dass das von Mölzer umworbene Spektrum durchaus politisches Potenzial hat. Sein engster Partner, der belgische „Vlaams Belang“ (VB), holte bei der Europawahl 2004 mehr als 14 Prozent. Die bulgarische Partei „Ataka“ des Antisemiten Volen Siderov kam bei den Nachwahlen zum EU-Parlament im Mai 2007 mit 14,2 Prozent auf ein vergleichbares Ergebnis. Sie rechnet sich durchaus Chancen aus, nach den nationalen Parlamentswahlen in diesem Jahr mit der rechtsliberalen GERB zu koalieren und so die sozialdemokratisch geführte Regierung in Sofia abzulösen. Mölzers FPÖ wiederum legte bei den Nationalratswahlen im September 2008 um 6,5 Prozent auf nunmehr 17,5 Prozent zu – und das trotz der Konkurrenz ihrer Abspaltung „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), das sich von rund 4 Prozent auf mehr als 10 Prozent steigern konnte.

Einzige Sorgenkinder des ehemaligen ITS-Spektrums sind derzeit die „Großrumänienpartei“ (PRM), die sowohl bei den Nachwahlen zum EU-Parlament (2007: 4,2 Prozent) als auch bei den rumänischen Parlamentswahlen (2008: 3,2 Prozent) unter der obligatorischen 5-Prozent-Hürde blieb, sowie die in heftige interne Richtungskämpfe und Personalquerelen verstrickte französische „Front National“ (FN), deren Abschneiden bei den Europawahlen am 7. Juni 2009 gegenwärtig schwer abzuschätzen ist. Derzeit verfügt die FN noch über 7 EU-Abgeordnete (2004: 9,8 Prozent). Bei der Wahl zur französischen Nationalversammlung im Juni 2007 erzielte sie jedoch mit 4,3 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit Anfang der 80er Jahre. Als unwahrscheinlich kann zudem gelten, dass es, nach den „Republikanern“ (REP), die 1989 auf 7,1 Prozent (6 Sitze) kamen, wieder einer deutschen Partei gelingt, ins Europaparlament einzuziehen. Weder die REP, die bei der Europawahl 2004 nur 1,9 Prozent und bei der Bundestagswahl 2005 gerade noch 0,6 Prozent der Stimmen holten, noch die völlig überalterte „Deutsche Volksunion“ dürften in diesem Jahr realistische Chancen haben.

Eurorechte muss sich neu formieren

Die bloße Reanimierung der ITS-Fraktion in ihrer bisherigen Form erscheint vor diesem Hintergrund wenig erfolgversprechend. Denn bereits die bisher geltenden Regularien des Europaparlaments schrieben für die Gründung einer Fraktion mindestens 20 Parlamentarier aus 6 Ländern vor. Ein Quorum, das die ITS erst mit Beitritt der EU-Neulinge Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2007 knapp erfüllen konnte. Nach einer weiteren Reform der Geschäftsordnung ist diese Hürde nun auf 25 Parlamentarier aus 7 Ländern angehoben worden – nicht zuletzt mit dem Motiv, dem rechtsextremen Rand eine neuerliche Fraktionsbildung zu erschweren oder sogar unmöglich zu machen.

Doch genau diese Reform könnte nun dafür sorgen, dass sich für Teile des ITS-Spektrums völlig neue Perspektiven eröffnen, insbesondere für die FPÖ, den VB und vielleicht auch Ataka. Denn die Neuregelung setzt auch die zwei weiteren Fraktionen mit extrem rechter Beteiligung unter direkten Existenzdruck:

Zum einen die „Union für ein Europa der Nationen“ (UEN), derzeit mit knapp über 40 Mitgliedern die viertstärkste Fraktion im Europaparlament und trotz ihrer stramm rechten Ausrichtung ein völlig etablierter Teil des Parlamentsbetriebs. Denn allein 8 Parlamentarier der UEN kommen von der postfaschistischen „Alleanza Nationale“ (AN), die sich seit November 2008 im Fusionsprozess mit Silvio Berlusconis „Forza Italia“ (FI) zur Partei „Popolo della Libertà“ (PdL) befindet.

Nach der Europawahl 2009 werden die Abgeordneten der PdL voraussichtlich der Fraktion der „Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten“ (EVP/DE) angehören. Zudem spielt die irische Regierungspartei „Fianna Fáil” seit geraumer Zeit mit dem Gedanken, den rechtslastigen Zusammenschluss in Richtung der „Allianz der Liberalen und Demokraten“ (ALDE) zu verlassen. Die nationalklerikale „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) von Jaroslaw Kaczynski, aktuell zweitstärkste Fraktion im polnischen Sejm und mit 8 Abgeordneten in der UEN vertreten, erwägt darüber hinaus, mit anderen etablierten konservativen und euro-skeptischen Parteien eine neue Fraktion zu initiieren. Im Gespräch ist etwa die Kooperation mit den britischen Tories und der tschechischen ODS, beide bisher EVP/DE.

Seitens der bisherigen UEN-Fraktion wären demnach vor allem die rassistische „Lega Nord“ (LN, 5 Prozent, 4 Sitze) und die „Dansk Folkeparti“ (DF, 6,8 Prozent, 1 Sitz) zukünftig ohne Fraktionsanbindung. Zu diesem Spektrum zählt zudem die rechtsextreme „Slowakische Arbeiterpartei“ (SNS). Sie gehört der UEN-nahen Europapartei AEN an und ist seit der letzten nationalen Parlamentswahl (2006: 11,7 Prozent) in einer Koalitionsregierung mit den slowakischen Sozialdemokraten (SMER) und Rechtsliberalen (HZDS). An den Europawahlen 2004 hatte die SNS aus organisatorischen Gründen nicht teilgenommen.

Zum zweiten spricht alles dafür, dass die kleinste Fraktion des Europäischen Parlaments, die Fraktion „Unabhängigkeit/Demokratie“ (IND/DEM) mit derzeit noch 22 Mitgliedern, auseinanderfällt. Sie wird von den verbliebenen 8 Abgeordneten der europakritischen „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) dominiert. Zur extremen Rechten wird in der IND/DEM der Abgeordnete Georgios Georgiou der nationalklerikalen griechischen Partei LA.O.S gerechnet.

Rechtsextreme Fraktion nach der Europawahl wahrscheinlich

Insgesamt ist demnach zu erwarten, dass sich nach der Wahl im Juni mindestens zehn bisher anderweitig organisierte Abgeordnete der extremen Rechten auf die Suche nach neuen Kooperationspartnern machen müssen. Dabei handelt es sich

Veranstaltungsankündigung:

Expertenhearing: „Eine Internationale der Nationalisten? Europäische Netzwerke der extremen Rechten: Aktueller Stand und Entwicklung“, am 5. März 2009, Brüssel, Europäisches Parlament.

Mit: Carsten Hübner,
Britta Schellenberg (CAP), Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (ENAR),
Prof. Dr. Peter Porsch, Roberto Musacchio (MdEP) und Gabi Zimmer (MdEP).

Anmeldung und Programm stehen unter **www.gabi-zimmer.de** zum Download bereit.

bei der italienischen „Lega Nord“ und der slowakischen SNS um Regierungsparteien. Die dänische DF duldet seit Jahren die nationalliberale Regierung von Premierminister Anders Fogh Rasmussen.

Rechnet man dazu die zu erwartenden rund 15 Mandate des ITS-Spektrums aus Belgien (VB), Österreich (FPÖ), Bulgarien (Ataka) und gegebenenfalls Frankreich (FN) sowie einzelner neonazistischer Abgeordneter aus Italien, erscheint eine Fraktionsbildung auch unter den neuen Gegebenheiten durchaus realistisch. Sowohl von der Mitgliederzahl als auch der Anzahl der Herkunftsländer her wäre das Quorum erfüllt.

Eine solche Fraktion, ob nun unter dem Label der UEN oder einem neuen Namen, wäre nicht nur statuarisch, also bezogen auf die Handlungsfähigkeit der Beteiligten im EU-Parlament, ein wichtiger Schritt zur weiteren Konsolidierung der extremen Rechten auf europäischer Ebene. Ihre eigentliche Qualität würde vor allem daraus erwachsen, dass sich zum ersten Mal extrem rechte Regierungsparteien mit den bisherigen Outlaws rund um die ITS zusammenschlössen.

Mölzers FPÖ oder der „Vlaams Belang“, die in ihren Ländern trotz aller Wahlerfolge unter einer weitgehenden Ächtung durch das demokratische Parteienspektrum leiden („Cordon sanitaire“), versprechen sich davon erhebliche Rückwirkungen ins Heimatland. Die neuen Partner der „Lega Nord“, der „Dansk Folkeparti“ oder der slowakische SNS könnten sowohl als quasidemokratische Aushängeschilder als auch als Modell möglicher Regierungsbeteiligung dienen.

Aus dem Spektrum der UEN gibt es durchaus Signale, die einer solchen Kooperation und Integration entgegenkommen. So signalisierte der dänische Europaabgeordnete Mogens Camre (DF) auf einem von der FPÖ organisierten Treffen Ende Januar 2009 in Wien, er werde sich dafür einsetzen, der FPÖ den Weg in die UEN zu ebnen. „Man sieht, in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Gruppen können wir in Europa die dritte politische Kraft werden“, zeigte sich FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache im Anschluss erfreut. Man habe „in zentralen Fragen Einigkeit erzielen können“ und sähe „vor allem den Vertrag von Lissabon als großes Problem, aber auch der Beitritt der Türkei ist eine große Bedrohung für Europa“. An der Konferenz nahmen auch führende Funktionäre der französischen FN, des „Vlaams Belang“ und der „Schweizer Volkspartei“ teil. Aus Deutschland reisten Vertreter der DVU und von „pro Köln“ bzw. „pro NRW“ an.

Auch die italienische „Lega Nord“ hat in der Vergangenheit kaum Berührungsängste gegenüber dem ITS-Spektrum gezeigt. Auf dem gescheiterten „Anti-Islamisierungskongress“ Mitte September 2008 in Köln, organisiert von der FPÖ, dem VB und „pro Köln“, sollte unter anderem ihr Europaabgeordneter Mario Borghezio sprechen. Borghezio ist ein ausgewiesener Rassist. Am 19. Oktober 2005 wurde er zu einer Geldstrafe von 3.040 Euro verurteilt, weil er in Turin Zelte von Immigranten angezündet hatte, die unter einer Brücke schliefen. Damit befindet er sich durchaus auf Parteilinie. Aus Protest gegen den Bau einer Moschee in Lodi bei Mailand jagten im Jahre 2007 Anhänger der LN Schweine über das Baugelände. Aber auch an der direkten Vertreibung von Immigranten würde man sich laut Parteichef Umberto Bossi beteiligen: „Wir haben keine Angst, das Thema auf den Plätzen auszutragen. Wir haben 300.000 Märtyrer, die bereit sind, von den Bergen hinabzusteigen. Unsere Gewehre rauchen immer“, so der Parteichef am 30. April 2008.


Carsten Hübner

Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa

GUE/NGL

DIE LINKE.

Der Autor hat im Dezember 2008 im Auftrag von Gabi Zimmer (MdEP) für die Fraktion der „Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)“ die **Studie „Rechtsextreme Netzwerke und Parteien in Europa. Eine Bestandsaufnahme vor der Europawahl 2009“** vorgelegt. Sie steht unter der Adresse **www.gabi-zimmer.de** zum Download bereit.
Für Anfragen zu Informationsveranstaltungen und Seminaren zum Thema ist der Autor unter medienbuero@gmx.net zu erreichen.

Rechtsextreme Europapartei derzeit nicht in Sicht

Während es Mölzer und dem ITS-Spektrum nach der Europawahl durchaus gelingen könnte, ihre politische Etablierung einen wichtigen Schritt voranzubringen, scheint das Anfang 2008 angekündigte Projekt einer rechtsextremen Europapartei derzeit auf Eis gelegt. Als Arbeitstitel waren „Europäische Freiheitspartei“ und „Europäische Patriotische Partei“ genannt worden. Zentrale politische Ziele sollten die Bekämpfung der „Islamisierung“ und der „Selbstaufgabe Europas“ sowie der „unkontrollierten Massenzuwanderung“ sein. Initiator war wiederum die FPÖ, die zu einem ersten Koordinierungstreffen Vertreter des „Vlaams Belang“, der „Front National“ von Ataka und anderer europäischer Rechtsaußenparteien nach Wien geladen hatten.

Wesentlicher Grund für das Stocken des Vorhabens sind die Anforderungen des Europäischen Parlaments für eine offizielle Registrierung und die damit verbundene finanzielle Förderung. Nach derzeitiger Rechtslage müssen sich Europaparteien aus mindestens sieben EU-Staaten zusammenfinden, die entweder Abgeordnete im europäischen oder in nationalen Parlamenten haben oder bei der letzten Europawahl auf mindestens drei Prozent der Stimmen kamen. Solche Rechtsparteien, zumal solche, die sich derzeit nicht bereits einer anderen rechtslastigen Europapartei wie der AEN angeschlossen haben, sind nicht gerade reich gesät.

Der Weg des ITS-Spektrums, so scheint es derzeit, führt deshalb hinein in die etablierten Zusammenschlüsse. Vor wenigen Jahren schien das noch undenkbar. Die Europawahl 2009 aber könnte dafür die Tür öffnen. ■

„Nazis wegroemern", unter dieser Parole wird von Antifainitiativen aus dem Raum Osnabrück/Weserbergland derzeit Gegenprotest gegen eine geplante Demonstration der NPD am 7. März in Osnabrück organisiert.



Im Jahr 2009 jährt sich die Varusschlacht, auch bekannt als Schlacht im Teutoburger Wald, zum 2000. Mal. Unter der Internetadresse http://www.hermann2009.de/ wird für Veranstaltungen rund um dieses Ereignis geworben. Aus dem Werbetext: „Das Varusjahr … präsentiert sich im Land des Hermann. Das Hermannsdenkmal steht für uns heute als Zeichen für ein zusammenwachsendes Europa, für kulturelle Vielfalt und als Zeichen für Völkerverständigung und Frieden Hermann der Cherusker … ist der Name, unter dem der antike Heerführer Arminius später bekannt wurde. Um Hermann entwickelte sich alsbald ein Mythos: Er galt als Gründer der deutschen Geschichte. Kaiser und Könige beriefen sich auf ihn, um ihre Herrschaft zu untermauern. Und sie nutzten den „Mythos Hermann", um sich und die Deutschen nach außen von anderen Völkern abzugrenzen.

Heute … sind solche Abgrenzungen nicht mehr notwendig. Wir leben in einem Europa, in dem die Menschen aufeinander zugehen und sich mit Freude an der Vielfalt begegnen. Aus ehemaligen Feinden sind Freunde geworden, die gemeinsame Werte haben: Demokratie, Menschenrechte und Respekt vor der Kultur des anderen."

Die NPD geht verstärkt in die Öffentlichkeit. So nutzt sie auch dieses Jubiläum, um ihre Propaganda öffentlich zu verbreiten. Unter der Überschrift: „Die Hermannsschlacht – 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung – für nationale Selbstbestimmung" ruft sie für den 7. März zum Gedenkmarsch in Osnabrück auf.

In dem Aufruf heißt es, von Anbeginn an sei die Geschichte des deutschen Volkes geprägt vom Kampf um sein Dasein. Unter Führung Hermann des Cheruskers habe es sich von seinen Ketten durch einen gewaltigen Befreiungsschlag - die Schlacht im Teutoburgerwald - befreit:

„Ein kleines Volk, geschart um einen großen Führer, zwang ein Weltreich in die Knie. Damals wie heute ist unser Volk in seinem Dasein bedroht."

Damals wie heute habe das Volk nur die eine Wahl: *„Dieser tödlichen Bedrohung mutig entgegenzutreten oder untergehen."*

Die Veranstalter – der NPD-Unterbezirk der NPD und „Freie Kräfte" aus Norddeutschland – weisen „dieKameraden" vorsorglich darauf hin, dass *„hinsichtlich dieser historischen Gegebenheit"* ein *„diszipliniertes und entschlossenes Auftreten von äußerster Wichtigkeit"* sei. Auf Kleidungsstücke mit Anglizismen oder Aufdrucken, die zur Gewalt aufrufen oder diese verherrlichen solle verzichtet werden. Personen, die alkoholisiert oder vermummt sind, wollen die Veranstalter von der Veranstaltung ausschließen.

Als Redner sind Udo Pastörs, Andreas Molau, Peter Naumann angekündigt.

bee ■

Quelle: www.hermann2009.de
http://naziswegroemern-blogsport.de

Künstler beziehen Stellung gegen Rechts: 50.000 kostenlose DVDs für Jugendliche

HAMBURG. Gemeinsam mit FETTES BROT, DIE ÄRZTE, WIR SIND HELDEN, DIE TOTEN HOSEN, MTV-Moderator MARKUS KAVKA und weiteren Künstlern setzt die Jugendkampagne „Kein Bock auf Nazis" ihre Arbeit gegen Rechtsextremismus im Wahljahr 2009 fort. Bundesweit werden 50.000 Stück der zweiten, überarbeiteten Ausgabe der „Kein Bock Auf Nazis"-DVD gratis an Schulen, auf Konzerten und in Jugendclubs verteilt. Ziel ist es, dass Jugendliche selbst aktiv werden und in ihrem Umfeld die DVDs eigenhändig verteilen. Über die Webseite www.keinbockaufnazis.de kann jeder Interessierte Einzelexemplare der DVD kostenlos bestellen.

Rechtsextremismus-Experte Toni Peters vom apabiz: „Im Superwahljahr 2009 werden viele junge Leute das erste Mal an die Wahlurne gehen. Wir machen mit der DVD deutlich, dass Neonazis in einer offenen Gesellschaft nichts verloren haben." Die Kampagne „Kein Bock Auf Nazis" wurde „Kein Bock Auf Nazis" wurde 2005 von der Berliner Band ZSK (www.skatepunks.de) und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (www.apabiz.de) ins Leben gerufen.

Weitere Informationen unter: www.keinbockaufnazis.de ■

Antifaschistischer Kongress am 24. Januar in Mannheim

Antifaschistische Kampagne gegen die Kandidatur rechtsextremer Gruppen zur Gemeinderatswahl 2009 – Erfolgreicher Auftakt zur Verbesserung antifaschistischer Vernetzung in Mannheim und der Region

Der antifaschistische Kongress „Mannheim gegen Rechts" (www.mannheimgegen- rechts.de) konnte am Samstag, den 24. Januar 2009, einen guten Start hinlegen. 120 Menschen aus Mannheim und der Rhein-Neckar-Region waren ins Mannheimer Naturfreundestadthaus gekommen.

Sehr aufmerksam folgten sie den Vorträgen über ein beispielhaftes Schulprojekt aus Ludwigshafen „Schule gegen Gewalt und Rassismus!" sowie einem Erfahrungsbericht zweier Antifaschisten aus Köln, wie mit gemeinsamen Aktionen gegen die „Anti-Islam-Konferenz" im September 2008 in Köln vorgegangen wurde.

Entsetzt waren viele über die Aktivitäten der NPD im Dresdner Gemeinderat und Landesparlament Sachsen sowie dem Auftreten rechtsextremer Gruppen in der dortigen Region, über die der Dresdner DGB-Regionsvorsitzende berichtete. Die Notwendigkeit antifaschistischer Gegenwehr konnte er anhand der Aktivitäten im Zusammenhang mit dem derzeit europaweit größten Aufmarsch von mehreren Tausend Faschisten aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung Dresdens überaus deutlich machen.

Am Nachmittag wurden in Arbeitsgruppen verschiedene Themen wie gegen das Auftreten von Nazis vorgegangen werden kann, diskutiert: beispielsweise an den Schulen oder im Betrieb, in den Stadtteilen oder Vereinen. Diese Ergebnisse fließen nun in die Umsetzung von Schwerpunkten für konkrete antifaschistische Aktionen ein.

Abschließend stimmten die Anwesenden den Grundsätzen einer antifaschistischen Erklärung zu: „Mannheim gegen Rechts – bunt, tolerant und solidarisch". Sie soll die Grundlage bilden, dass die Mannheimer Gemeinderatsparteien sich gemeinsam gegen die Kandidatur rechtsextremer Parteien aussprechen.

Ziel ist es darüber hinaus, dass sich diese Erklärung möglichst viele Gruppen, Organisationen, Vereine, Gewerkschaften, Parteien und Glaubensgemeinschaften und viele andere mehr unterstützen und sich für antifaschistische Aktionen sowie gegen das Auftreten rechtsextremer Gruppen aussprechen. Ein guter Anfang ist gemacht, den es nun gilt, weiter auszubauen.

Mannheim, Februar 2009 –
Die OrganisatorInnen des Antifa-Kongresses ■



Zu den Protesten um den NATO-Gipfel 2009 hat sich ein Vorbereitungskreis vor allem für die Zusammenarbeit in Deutschland gebildet.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt. Die NATO will genau das Gegenteil.

Das Bündnis ruft zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden auf. Mit Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – wie Umzingelungen, Blockaden usw. – soll ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der NATO gesetzt werden.

Eine Welt ohne NATO ist nötig!

Von NRW aus rollt am 4. April wieder die Friedenslok! Geplant ist, dass die Friedenslok an folgenden Bahnhöfen hält: Bielefeld – Hamm – Dortmund – Bochum – Essen – Duisburg – Düsseldorf – Köln – Bonn – Kehl (bei Straßburg). Der Zug hält zum Einstieg zuletzt in Bonn und fährt dann nonstop bis Kehl (auf der deutschen Seite bei Straßburg). ■

Bundeswehr Wegputzen

KÖLN. „Es ging alles ganz schnell, und es kamen immer mehr von denen...“

Die schnell eingreifende Putztruppe hatte tatsächlich nicht lang gefackelt. Mit großen Mülltüten, Schürzen und Kitteln, Handschuhen und Kopftüchern ausgestattet kamen die 20 Reinigungskräfte aus den Toilettenräumen direkt zum Messestand der Bundeswehr herüber und haben den ganzen Hochglanz-Bundeswehr-Werbemist einfach komplett eingesackt.

Ob Taschen, Kugelschreiber, Prospekte, Gimmicks, großformatige Plakate oder sonstige Bundeswehr-Devotionalien – alles wurde eingestampft und ohne Mülltrennung extern entsorgt. Festgeschraubte Installationen wurden mit scharfen Reinigungsmitteln (Backofenreiniger) unter dem Zuspruch vieler Jugendlicher eingeschäumt. Marco vom Gymnasium in Bergisch Gladbach war erstaunt, „dass die Bundeswehr gar nicht eingreift“– macht sie doch sonst zu jeder Gelegenheit.

Die acht Werbeoffiziere versuchten tatsächlich eher die letzten Prospekte vor dem rabiaten Zugriff der AufräumerInnen in Sicherheit zu bringen. Ein ungeschicktes „Verteidigen“ des Werbemülls vor den Augen von hunderten SchülerInnen hätte vermutlich noch schlechter ausgesehen. Also lieber die Kaumuskeln anspannen, Haltung wahren und hoffen, dass alles schnell vorbei ist. Doch Flugblätter und Diskussionen des Reinigungspersonals mit den SchülerInnen sorgten für eine länger anhaltende Wirkung.

Schafft viele militärfreie Zonen...

Die zweitägige Abiturientenmesse „Einstieg Abi“ in Köln ist mit über 35.000 BesucherInnen zwar die bundesweite größte dieser Art, aber eben doch nur eine von vielen Job-Messen, auf denen sich die Bundeswehr als vermeintlich attraktiver und ganz normaler Arbeitgeber präsentiert. Immerhin geht es um die derzeit knappeste Resource der Bundeswehr: SoldatInnen.

Denn der „Arbeitgeber“ Bundeswehr hat Imageprobleme. Zu hierarchisch und zu gefährlich finden viele BerufsanfängerInnen die Bundeswehr. Bei denen, die die Bundeswehr am dringendsten braucht, den OffiziersanwärterInnen mit Abitur, sind die Bewerberzahlen im letzten Jahr rapide zurückgegangen. Gut die Hälfte der BerufssoldatInnen würde laut bundeswehrinterner Umfrage potenzielle BewerberInnen nicht zum Eintritt in die Bundeswehr ermuntern und sich nicht noch einmal für diesen „Job“ entscheiden.

...auch an Eurer Schule!

Immer häufiger taucht die Bundeswehr daher an Schulen, Universitäten, Messen und Arbeitsagenturen auf. Ihr Ziel ist dabei mittels ‚Nachhilfeunterricht‘ mehr Zustimmung zu ihren Kriegseinsätzen zu erhalten und Jugendliche als Soldaten zu rekrutieren. Armut, Arbeitslosigkeit und der besonders starke Druck auf junge Hartz IV-EmpfängerInnen treiben Jugendliche in die Arme der Bundeswehr.

Mit direkten Aktionen und der Forderung „Ausbildungsplätze statt Auslandseinsätze“ haben deshalb SchülerInnen in Weimar, Duisburg, Göttingen, Bernau und Hamburg die Bundeswehr an ihrer Schule behindern und vertreiben können.

Gründet ein, zwei, viele Bundeswehr-Entsorgungsbetriebe!

www.bundeswehr-wegtreten.org ■

Amtshilfe steigt explosionsartig an

BERLIN. „Die zunehmende Zahl so genannter Amtshilfeeinsätze der Bundeswehr weist auf eine schleichende Militarisierung hin“, kommentiert Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfragen (BT-Drs. 16/11592 und 16/11813). Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE hatte sich darin nach der Entwicklung der Einsatzzahlen erkundigt. Jelpke:

„Gab es bis 1999 gerade mal eine Amtshilfe im Jahr, so waren es 2007 schon 16. Im Jahr 2008 stieg die Zahl dann auf 30. Auch die Zahlen für so genannte Unterstützungsleistungen Dritter steigen rasant an. Im Gegensatz zur Amtshilfe können dabei nicht nur Behörden, sondern auch Privatvereine und beispielsweise Rüstungsfirmen Einsätze der Bundeswehr beantragen. Zwischen den Jahren 2000 und 2007 pendelten die Zahlen zwischen 11 und 32. Im Jahr 2008 waren es 74.

Hinzu kommt eine weitere Kategorie von Inlandseinsätzen: Hausrechtsübernahmen durch die Bundeswehr außerhalb militärischer Liegenschaften. Für militärische Zeremonien, aber auch zur Feier von ‚Leutnantsbeförderungen‘, anlässlich von Konferenzen, Werbeständen und Militärkonzerten wird der Bundeswehr von Bürgermeistern, Sportvereinen, Kirchenvorständen und Hoteldirektoren immer wieder das Hausrecht übertragen. Zum Einsatz kommen Soldaten ‚mit Handwaffen‘, die Störer fernhalten sollen. Dabei kämen ‚alle verhältnismäßigen Mittel in Betracht‘, wozu die Bundesregierung ausdrücklich ‚auch Schusswaffen‘ zählt. Hier wird ‚Eigenschutz‘ unzulässig mit Polizeiaufgaben vermischt. Diese Einsätze sind keine Ausnahmen: Seit Anfang 2005 haben solche Militärkommandos mindestens 927-mal in Rathäusern, Fußgängerzonen oder Stadien das Kommando übernommen.

Das Grundgesetz will Inlandseinsätze der Bundeswehr auf ein absolutes Minimum reduzieren. Nachdem die Regierung mit ihrem Plan einer Verfassungsänderung gescheitert ist, versucht sie es nun mit einer Militarisierung durch die Hintertür. Der explosionsartige Anstieg so genannter Amtshilfemaßnahmen soll offenbar Repressiveinsätze des Militärs durch Gewöhnung der Bevölkerung vorbereiten. Soldaten und Zivilisten sollten wissen: Wenn die Bundeswehr die Kasernen verlässt, darf sie nicht kurzerhand den zivilen Bereich militarisieren.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

LINKE fordert Recht auf Asyl für Kindersoldaten

BERLIN. „Kinder als Soldaten zu missbrauchen, gehört zu den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen“, erklärt Ulla Jelpke angesichts des morgigen Aktionstages, an dem Menschenrechtsgruppen auf das Schicksal der fast eine Viertelmillion Kindersoldaten aufmerksam machen. „Deutschland kann die Not dieser Kinder nicht einfach ignorieren“, sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und fordert eine Änderung der hiesigen Asylpraxis: „Kindersoldaten müssen in Deutschland Asyl erhalten!“ Jelpke weiter: „Es genügt nicht, UN-Konventionen zu unterzeichnen. Es müssen auch die erforderlichen Schritte getan werden. Die Bundesregierung muss Initiativen für ein kindgerechtes Asylverfahren entwickeln und für traumatisierte Kindersoldaten die notwendigen Therapieangebote bereitstellen.

In den sieben Jahren seit Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention hat sie es versäumt, die deutsche Asylpraxis anzupassen. Gegenwärtig lautet die Rechtsauffassung der Asylbehörden, dass es ‚nicht asylrelevant‘ sei, wenn Kinder von militärischen oder paramilitärischen Verbänden zum Töten gezwungen werden. Wenn ihnen überhaupt die Flucht nach Deutschland gelingt, können sie hier allenfalls auf eine Duldung hoffen. Die Perspektive auf ein sicheres, menschenwürdiges Leben ist damit nicht verbunden.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Regierung will Tausende in Rechtlosigkeit und Armut abschieben

BERLIN. „Die Bundesregierung plant tausende Abschiebungen in Rechtlosigkeit und Armut“, fasst die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion (BT-Drs. 16/11796) zusammen. Bei den von Abschiebung Bedrohten handelt es sich neben rund 8.350 ausreisepflichtigen Syrern auch um kurdische Staatenlose, die nach einem nun in Kraft getretenen Abkommen von Deutschland nach Syrien abgeschoben werden können. Jelpke weiter: „Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort selbst an, dass Staatenlose in Syrien keine politischen Rechte haben. Zugleich verharmlost sie die Situation der kurdischen Staatenlosen aus dem Nordosten Syriens. Die wirtschaftliche Lage in ihrer Herkunftsregion sei ‚für alle Bevölkerungsgruppen schwierig’. Ein Abschiebungshindernis sieht die Bundesregierung aber weder in der Rechtlosigkeit noch in der drohenden Verarmung der Abgeschobenen.

Besonders perfide ist, dass auch Personen nach Syrien abgeschoben werden sollen, deren syrische Herkunft die deutschen Behörden über Jahre beharrlich bestritten haben. So wurden Kopien syrischer Meldebescheinigungen niemals anerkannt und sogar eine Verletzung der Mitwirkungspflichten bei der Identitätsfeststellung behauptet, wenn die Betroffenen im Asylverfahren nichts anderes vorlegen konnten. Die gleichen Unterlagen sollen nun aber eingesetzt werden, um die Abschiebung dieser Personen zu erreichen – dabei handele es sich schließlich um ‚zwei nicht miteinander vergleichbare Sachverhalte‘, so die Bundesregierung.“

Die Anfrage und die Antwort können von meiner homepage heruntergeladen werden: www.ulla-jelpke.de

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Zweifel an der Einstufung Griechenlands als ‚sicherer Drittstaat‘

Die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hat im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage „Zweifel an der Einstufung Griechenlands als ‚sicherer Drittstaat‘ im Asyl- und Dublin II-Verfahren“ geäußert und der Bundesregierung zu diesem Komplex Fragen gestellt. In ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 16/11543) räumt die Bundesregierung immerhin ein, Maßnahmen ergriffen zu haben, um den u.a. von PRO ASYL vorgetragenen Mängeln der Asylverfahren in Griechenland nachzugehen. So habe man u.a. das Gespräch mit dem griechischen Botschafter in Berlin gesucht und die Europäische Kommission um Prüfung von Maßnahmen in Hinsicht auf eine problemlose Durchführung der Dublinverfahren mit Griechenland gebeten.

Ende November 2008 habe dann eine Delegation des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag des Bundesministeriums des Innern bei einem Arbeitsbesuch in Griechenland Gespräche mit Vertretern von Behörden, UNHCR und dem griechischen Flüchtlingsrat geführt. Der entsprechende Dienstreisebericht liegt inzwischen vor und wird auch von den Asylbehörden anderer EU-Staaten in laufende Gerichtsverfahren eingeführt. In Schriftsätzen des Bundesamtes an die Verwaltungsgerichte finden sich manipulative Varianten des Dienstreiseberichtes, bei denen auch noch die Wiedergabe der kritischen Positionen des UNHCR Griechenland und des Griechischen Flüchtlingsrates unter den Tisch fallen. Die Lage in Griechenland hat sich jedoch nach Feststellungen von PRO ASYL bei einer erneuten Recherche im Januar nicht gebessert. Aus der Antwort der Bundesregierung geht im Übrigen deutlich hervor, dass die deutsche Botschaft in Athen nach erfolgter Überstellung im Rahmen der Dublin II-Verordnung ihre Zuständigkeit als beendet ansieht und nur bei Nachfragen aus dem Bundestag Schritte unternimmt, um Informationen über die Situation der überstellten Asylsuchenden zu erhalten.

Zu den detaillierten Fragen zum griechischen Asylverfahren und zur Asylpraxis, etwa unter Frage 8) referiert die Bundesregierung lediglich die papierene Rechtslage und bagatellisiert die chaotische Situation des griechischen Verfahrens mit dem Hinweis, es erscheine nicht ausgeschlossen, dass es gegenwärtig und auch in Zukunft Schwierigkeiten in Einzelfällen geben könne. Da fehlt es nach Ansicht der Bundesregierung vielleicht hier und da mal an einer geeigneten Übersetzung oder einer Unterkunft. Hingegen behauptet die Bundesregierung, ihr lägen keine Erkenntnisse darüber vor, dass in Athen Tausende Asylsuchende, darunter Familien mit Kindern, obdachlos sein sollen. Es muss in diesem zusammenwachsenden Europa wahnsinnig schwierig sein, Erkenntnisse über Fakten auf den Tisch zu bekommen, über die griechische Tageszeitungen zum Beispiel permanent berichten oder die jeder deutsche Botschaftsbedienstete sieht, wenn er die Athener U-Bahn benutzt und an den richtigen Haltestellen aussteigt. Aber natürlich: Er müsste dann ja noch die fremdländisch aussehenden Obdachlosen fragen, ob sie Asylsuchende sind oder ob sich eventuell ihr Verfahren mangels zustellungsfähiger Adresse längst erledigt hat.

Danach gefragt, wie sie die Mitteilung des Leiters des Rechts- und Konsularreferates der deutschen Botschaft in Athen an PRO ASYL, der Zugang zur zentralen Ausländerbehörde in der Petrou-Ralli-Straße in Athen sei – entgegen der Darstellung von PRO ASYL – immer möglich gewesen, behauptet die Bundesregierung, der Bericht von PRO ASYL beruhe offenbar nicht auf originären eigenen Erkenntnissen. Die Belege für die Schließungspraxis lassen sich in griechischen Tageszeitungen problemlos finden. Und auch der griechische Ombudsmann hat sich eindeutig geäußert.

Ansonsten hat die Bundesregierung eben keine Erkenntnisse über Menschenrechtsverletzungen seitens Griechenlands und was auch immer dort passiert – Griechenland bleibt ein sicherer Drittstaat im Sinne von Artikel 16 a Absatz 2 Grundgesetz. Die Realität spielt keine Rolle. Zugeständnisse gibt es nach wie vor nur in den Fällen „besonders schutzbedürftiger Personen“, bei denen von einer Überstellung nach Griechenland abgesehen wird. Dies gelte, so die Bundesregierung, insbeson-

dere für Flüchtlinge hohen Alters, für minderjährige Flüchtlinge sowie für Flüchtlinge, bei denen eine Schwangerschaft, ernsthafte Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder besondere Hilfebedürftigkeit vorliegt. Wer übrigens gedacht hat, im Zusammenhang mit dem europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl sei eine Entlastung der von neuankommenden Asylantragstellern besonders betroffenen Staaten denkbar, weil es dort heißt, es gelte diejenigen Mitgliedsstaaten zu unterstützen, „deren nationales Asylsystem vor allem aufgrund ihrer geografischen und der demografischen Lage einem besonderen und unverhältnismäßigen Druck ausgesetzt ist", der sieht sich von der Bundesregierung mit einem Zitat aus dem Pakt belehrt: Die Solidarität müsse „auch darin bestehen, dass auf einer freiwilligen und koordinierten Basis eine bessere Umverteilung der Personen, die auf internationalen Schutz Anspruch haben, von diesen Mitgliedsstaaten auf andere gefördert wird; gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass die Asylsysteme nicht missbraucht werden."

Im Klartext: Eine Umverteilung wäre nur denkbar für anerkannte Flüchtlinge („die auf internationalen Schutz Anspruch haben") und die brauchen natürlich keine Umverteilung.

Quelle: PRO ASYL: Newsletter Nr. 144 Februar 2009 ■

Bundesverfassungsgericht rügt Abschiebungshaft

KARLSRUHE. Das Bundesverfassungsgericht weist mit Beschluss vom 18. Dezember 2008 (Az: 2 BvR 1438/07) darauf hin, dass eine einstweilige Anordnung einer Freiheitsentziehung voraussetze, dass zuvor ein ordnungsgemäßer Antrag auf Erlass einer endgültigen Haftanordnung durch die Verwaltungsbehörde gestellt worden ist. Nur wenn das Haftgericht mit dem Verfahren bereits in der Hauptsache befasst sei, werde garantiert, dass ihm die notwendigen Unterlagen vorliegen, wozu nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes die Akten der Ausländerbehörde gehören. Das Bundesverfassungsgericht hat inzwischen mehrfach auf den besonders hohen Rang des Rechtsguts der Freiheit der Person hingewiesen und auf die sich daraus ergebende Pflicht, freiheitsschützende Formvorschriften, die sich aus den Gesetzen ergeben, qua Verfassung zu beachten. Rechtsanwalt Peter Fahlbusch, der die Entscheidung erstritten hat, hat erst vor kurzem wieder in einem Aufsatz mit der Überschrift „Tollhaus Abschiebungshaft" (erschienen in den Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht / Heft 5 / 2008) darauf hingewiesen, in welchem Ausmaß in Deutschland rechtswidrig Abschiebungshaft verhängt wird.

Quelle: PRO ASYL: Newsletter Nr. 144 Februar 2009 ■

Europäischer Gerichtshof gibt Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz

Mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) vom 17.2.09 wird eine zentrale Schutzlücke in Deutschland und Europa geschlossen. Damit wird auch eine über Jahrzehnte aufgebaute Blockade gegenüber Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland aufgelöst.

Künftig erhalten auch diese Flüchtlinge einen sicheren und dauerhaften Schutz. Der EuGH stellt klar, dass Opfer „willkürlicher Gewalt" in den Schutzbereich des sogenannten subsidiären Schutzes fallen. Bei einem Bürgerkrieg sind auch Menschen zu schützen, die nicht persönlich einer gezielten Verfolgung ausgesetzt sind.

Maßgeblich sei das Ausmaß der „willkürlichen" Gewalt auf Grund des Bürgerkrieges in der Heimatregion ihres Herkunftslandes.

Subsidiärer Schutz wird geflüchteten Menschen gewährt, die zwar nicht die Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) erfüllen, aber Flüchtlinge auf der Basis menschenrechtlicher Abkommen sind.

Das EuGH–Urteil gibt Bürgerkriegsflüchtlingen, die im Herkunftsland einen schweren Schaden zu befürchten haben und in den Asylverfahren der EU-Mitgliedsstaaten schutzlos gestellt wurden, neue Hoffnung und die Aussicht, einen Schutzstatus zu erhalten.

In Deutschland können beispielsweise Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak und Somalia, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, in Folgeantragsverfahren nunmehr einen Schutzstatus erhalten.

Quelle: Presseerklärung proasyl 17. Februar 2009 - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Mehr als 40 Selbstmorde oder Suizidversuche

In Deutschland haben in den Jahren 2005 bis 2007 mehr als 40 Abschiebungshäftlinge Selbstmord begangen oder einen Suizidversuch unternommen. Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drucksache 16/11384) vom 17. Dezember 2008. Im Rahmen der Anfragebeantwortung wurden bei den Ländern Daten erhoben zu einzelnen Sachverhalten, wobei viele Länder wichtige Daten zum Vollzug der Abschiebungshaft und Haftumständen offenbar nicht erheben. Die lückenhafte Statistik weist indessen dennoch eine nicht unbeträchtliche Zahl von unbegleiteten Minderjährigen und schwangeren Frauen in der Abschiebungshaft aus. Hingegen behaupten die Länder, Eltern mit minderjährigen Kindern und traumatisierte Personen seien entweder überhaupt nicht in Abschiebungshaft oder sie erheben entsprechende Daten nicht. In den Einzelantworten (zur Frage 10) werden einzelne Bundesländer dann doch sehr viel deutlicher.

So teilt Baden-Württemberg mit, dass dort grundsätzlich die Möglichkeit besteht, traumatisierte Personen in Abschiebungshaft zu nehmen. Die Besonderheiten des Einzelfalls würden dabei stets berücksichtigt. Großartig!

In Brandenburg werden im Rahmen der Gesetze auch schwangere Frauen und Minderjährige in Abschiebungshaft genommen, teilt die Regierung Brandenburg mit.

Überraschend ist, dass die Tagessätze der Haftkosten unterschiedlich sind, obwohl sie angeblich nach einer bundeseinheitlich festgelegten Berechnungsmethode festgesetzt werden. Im Jahre 2007 betrug der Jahreshaftkostensatz zum Beispiel für Bayern 68,40 Euro, für Brandenburg 77,45 Euro, für Niedersachsen 83,72 Euro, für Schleswig-Holstein 95,30 Euro und für Baden-Württemberg gar 108,33 Euro. Dass strukturschwache Bundesländer, die bei der Feststellung ortsüblicher Vergleichsmieten sicher nicht ganz vorne liegen, bei den Tageskostensätzen mit an der Tabellenspitze zu finden sind, ist etwas überraschend. Abschiebungshäftlinge haben leider nicht die Wahl, sonst wären sie im Bremer Polizeigewahrsam jedenfalls finanziell am besten bedient. Dort kostet die Zelle 36,55 Euro, das Essen 5,57 Euro pro Tag. Was kurios klingt, ist für Abgeschobene durchaus wichtig. Denn Menschen, die z.B. im Rahmen eines Visumverfahrens später wieder nach Deutschland einreisen wollen, müssen ihre Abschiebungs- und Haftkosten bezahlen. Da können dann durchaus sehr unterschiedliche Rechnungen zustande kommen. Sehr lückenhaft sind im übrigen die statistischen Angaben der Länder zur Frage, in welchem Ausmaß Abschiebehäftlinge psychologisch betreut bzw. psychiatrisch versorgt werden mussten.

Quelle: PRO ASYL: Newsletter Nr. 144 Februar 2009 ■

Mehr Humanität in der Abschiebehaft

HAMBURG. Evangelische und katholische Flüchtlingspastoren haben am 29. Januar 2009 humanitäre Mindeststandards für die Abschiebungshaft gefordert. Abschiebungshaft sei keine Strafhaft und müsse daher vom Strafvollzug getrennt werden, heißt in einer gemeinsamen Erklärung zum Abschluss ihrer Fachtagung in Hamburg. Körperlich oder psychisch Kranke sowie Minderjährige und Alte dürften nicht in Abschiebehaft genommen werden. Auch sei es unzumutbar, wenn Eltern von ihren minderjährigen Kindern getrennt werden. Grundsätzlich sei eine bundesweit einheitliche Regelung sinnvoll. Die Flüchtlingspastoren verlangen darüber hinaus ungehinderten Zugang zu den Abschiebehäftlingen. Oft werde eine Ab-

schiebehaft vorschnell angeordnet. Notwendige Voraussetzung sei aber, dass die Abschiebung auch tatsächlich durchgeführt werden könne. Inhuman sei auch, dass die Häftlinge für ihre Haft bezahlen müssten. Wer in der Abschiebehaft arbeite, solle dafür auch Lohn bekommen. Die Nutzung von Telefon und Internet sollte ungehindert möglich sein. Besonders krass zeigen sich die Unterschiede nach den Worten der nordelbischen Flüchtlingspastorin Fanny Dethloff auf dem Gebiet der Nordelbischen Kirche. Während die Haftanstalt im schleswig-holsteinischen Rendsburg eigenständig sei, eine gute Beratung anbiete und Kontakte mit den Seelsorgern pflege, betreibe Hamburg eine besonders inhumane Politik. Hier werde die Abschiebehaft in der Justizvollzugsanstalt Fühlsbüttel durchgeführt, die den Abschiebehäftlingen nur geringe Freiräume gewähre. Dethloff verwies darauf, dass die Nordelbische Kirchenleitung Abschiebehaft grundsätzlich ablehnt.

Die interkulturelle Seelsorge in der Abschiebehaft stelle für die Pastoren eine besondere Herausforderung dar, sagte der Berliner Flüchtlingspastor Bernhard Fricke. Sie unterscheide sich auch von der Seelsorge im Strafvollzug. Viele Abschiebehäftlinge würden nicht verstehen, warum sie in Haft genommen werden, obwohl sie doch kein Verbrechen begangen hätten. Anders als Strafgefangene wüssten sie in der Regel nicht, wie lange sie inhaftiert bleiben und in welches Land sie entlassen werden.

Abschiebehaft soll verhindern, dass sich die betroffene Person durch Untertauchen der Abschiebung entzieht. Sie gilt rechtlich nicht als Strafe. Wird sie zu Unrecht angeordnet, erhält der Betroffene in der Regel keine Haftentschädigung. Seit 1998 wurden von der Bundespolizei nach eigenen Angaben durchschnittlich 30.000 Menschen pro Jahr abgeschoben.

Quelle: Pressedienst Nordelbische Ev.-Lutherische Kirche ■

Münster für Bleiberecht

Münster. Der Rat der Stadt Münster hat am 11. Februar einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die gegenwärtige Bleiberechtsregelung als zu restriktiv kritisiert wird. Die Ratsmitglieder appellieren an den Deutschen Städtetag und den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, sich für eine weitergehende Regelung einzusetzen, die auch ohne Stichtag geduldeten Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht einräumen würde. Nach Ansicht der Ratsmitglieder sind bislang zu wenig Menschen in den Genuss eines Bleiberechts gekommen.

Insbesondere wird in der Resolution kritisiert, dass es in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für viele Betroffene kaum möglich sein wird, den Lebensunterhalt selbstständig zu sichern. Nach der gültigen Regelung ist eine Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht, spätestens ab dem 1. April 2009 durchgehend einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt der Rat ein Sonderprogramm, das mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesarbeitsministeriums bundesweit Netzwerke eingerichtet hat, die Flüchtlinge und Bleibeberechtigte bei der Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Auch in Münster arbeitet seit dem 1. Oktober 2008 unter dem Namen MAMBA ein solches Netzwerk aus Handwerkskammer-Bildungszentrum (HBZ), Gesellschaft für Berufsförderung und Ausbildung (GEBA), Jugendausbildungszentrum (JAZ) und GGUA-Flüchtlingshilfe. Im Zentrum der Arbeit steht die Vermittlung in reguläre Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse.

Antrag an den Rat Nr. A-R/0003/2009 03.02.2009

Der Rat möge folgende Resolution beschließen: Hier geboren – hier zuhause: Münster für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 auf Anregung des Ausländerbeirates eine Resolution verabschiedet, in der er eine rechtssichere und damit humanitäre Lösung des Bleiberechts für länger in Deutschland geduldete Flüchtlinge fordert. In der Novembersitzung desselben Jahres hat der Rat die Intention der Initiative des Ausländerbeirates erneut aufgegriffen und sich für ein wirksames Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen eingesetzt. Im April 2008 bitten alle Ratsfraktionen in einem gemeinsamen Brief den Oberbürgermeister der Stadt Münster um seine Unterstützung in der Umsetzung der neuen Bleiberechtsregelung.

Für das Greifen dieser so genannten Altfallregelung vom August 2007 ist es erforderlich, dass die Menschen, die in Deutschland nur geduldet sind, sich jedoch bereits seit acht bzw. als Familie seit sechs Jahren hier aufhalten, am Stichtag, dem 31.12.2009, nachweisen können, dass sie in den letzten 30 Monaten überwiegend bzw. mindestens seit dem 01. April 2009 ohne öffentliche Sozialleistungen durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Dies ist für viele jedoch wegen struktureller Barrieren unmöglich. Vor dem Hintergrund des Ablaufs der Altfallregelung beschließt der Rat der Stadt Münster:

◗ Der Rat stellt mit Bedauern fest, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht dazu geführt haben, dass der Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen ein wirksames Bleiberecht erhielt.

◗ Der Rat der Stadt Münster appelliert daher an den Deutschen Städtetag und an den Innenminister NRW, sich für eine kurzfristige Nachbesserung der Bleiberechtsregelung einzusetzen. So muss sofort der Zeitraum der Altfallregelung deutlich verlängert werden!

◗ Der Rat der Stadt Münster appelliert darüber hinaus an den Deutschen Städtetag und an den Innenminister NRW, sich längerfristig für eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung einzusetzen, die keine Stichtagregelung enthält.

◗ Der Rat der Stadt Münster begrüßt, dass inzwischen das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt aufgelegt wurde, um die Integration von langjährig hier lebenden geduldeten Menschen zu unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen/GAL Ratsfraktion Münster Quelle: www.caritas.de, liste-muensterland@asyl.org ■

Solidarität mit dem Flüchtlingswiderstand in Gehlberg

Am 15.2. trafen sich auf Einladung von THE VOICE Flüchtlinge und Unterstützer/innen, um den weiteren Kampf von Flüchtlingen gegen ihre Unterbringung in einer Massenunterkunft in dem abgelegenen Dorf Gehlberg zu diskutieren. Im Aufruf zu dem Treffen heißt es: Für sie, die gezwungen sind, hier z.T. seit über 10 Jahren zu leben, ist Gehlberg ein Ort der seelischen Zerstörung. Ihre Aufenthaltsanträge liegen auf Eis, sie können nicht in ihre Heimat zurück. Durch die schlechte Verkehrsanbindung sind sie von der Gesellschaft ausgeschlossen und in die Isolation verbannt. Niemand hat das Recht zu arbeiten. Die meisten bekommen fast kein Bargeld, sondern nur Gutscheine. Sie dürfen den Landkreis nicht verlassen. Jeder Urlaub, jede weitere Reise, jeder Facharztbesuch muss beantragt werden. Es gibt im Lager zu wenige Möglichkeiten der medizinischen Versorgung, nur selten kommt eine Allgemeinärztin. Ansonsten ist eine medizinische Behandlung nur im Notfall möglich.

Die ausweglose Situation macht die Menschen depressiv. Alle haben schwere Schlafstörungen. Von den 10 Familien, die hier noch leben müssen, bekommen die meisten, verstärkt Frauen, Schlafmittel. Viele von ihnen bekommen Psychopharmaka, viele sind in psychiatrischer Behandlung. ... All dies wollten und wollen die Flüchtlinge im Lager Gehlberg nicht mehr hinnehmen. Seit Juni 2008 kämpfen sie zusammen mit solidarischen Menschen immer wieder auch lautstark für ihre Rechte. Einige Verbesserungen konnten bereits durchgesetzt werden, aber das ist nicht genug. Wir fordern: Abschiebestopp! Normale Wohnungen in der Stadt und Arbeitserlaubnis! Angemessene Gesundheitsversorgung! Die Schließung des Lagers Gehlberg!

thevoiceforum.org (Stichwort Gehlberg) ■

Neuerscheinungen: Deutschland, die EU und der Imperialismus

Zwischen Münchner Sicherheitskonferenz und den 60-Jahrfeiern der NATO sowie angesichts der bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlen stehen EU und NATO, Imperialismus und deutsches Weltmachtstreben im Fokus antifaschistischen Interesses.

Werner Biermann und Arno Klönne befassen sich mit der Kontinuität deutscher Weltmachtambitionen vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und den Faschismus bis zum Nachkriegs(west)deutschland und schließlich der aggressiven wiedervereinigten Großmacht von heute. „Ein Spiel ohne Grenzen“ bietet einen souveränen und verlässlichen Überblick, bei dem Kapitalinteressen stets als dem entscheidenden Referenzfeld Beachtung geschenkt wird, unter dem politisches Handeln bewertet werden muss.

Die Kapitel zu aktuellen Entwicklungen sind ausführlicher; insbesondere werden rüstungstechnologische Neuanschaffungen in enge Beziehung mit den kommerziellen Wünschen der größten deutschen Konzerne gesetzt.

Die Autoren betonen den eigenständigen Charakter der Politik der Bundesrepublik; sie „war US-Juniorpartner in Europa. Aber diese dichte Abhängigkeit kann keineswegs als deutsches ‚Vasallentum‘ gedeutet werden“ (S. 193), denn stets verfolgte die Bundesregierung eigene Interessen v.a. auf ökonomischem, zunehmend aber auch auf politischem Gebiet (wie bei der neuen Ostpolitik Willy Brandts). Aber westdeutschen Weltmachtambitionen waren durch Größe und Bevölkerungszahl, aber auch durch die militärischen Beschränkungen nach dem verlorenen Krieg Grenzen gesetzt. „Es sprach einiges gegen das Projekt einer Globalmacht Deutschland“ (S. 197).

Das sollte sich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Einverleibung der DDR ändern. Biermann/Klönne beschreiben eingängig, wie die DDR ökonomisch und politisch vereinnahmt und ihre Wirtschaft unter die Kontrolle westdeutscher Konzerne gestellt wurde. Hierbei entpuppt sich die „Treuhand (als) die größte Geschenk- und Enteignungsagentur der Welt“ (S. 208).

Das vergrößerte Staatsgebiet korrespondiert mit einer bereits etwa Mitte der 80er Jahre erreichten westdeutschen Stärke, die die „Rückkehr Berlins zu imperialer Großmachtpolitik“ einleitete. Wirtschaftlich ist Deutschland seit langem schon eine Weltmacht, bemüht sich aber mit Erfolg um weiterreichenden politischen Einfluss in der Weltpolitik und ist dabei, seinen militärischen Rückstand aufzuholen. Deutschland geht nicht als „Einzelkämpfer“ zu Werke, sondern versucht, „die EU für deutsche Zwecke zu instrumentalisier(en)“ (S. 225).

Die Bundesregierungen sehen sich „als Erlöserin unterdrückter Minderheiten“ (S. 220). „Darf den Vereinten Nationen die Staatssouveränität wichtiger sein als der Schutz der Menschen und ihrer Rechte?“ (S. 220), fragte Joschka Fischer rhetorisch. Die Behauptung, es ginge bei weltweiten Kampfeinsätzen um Interventionen zur Durchsetzung von Menschenrechten, dient dazu, antimilitaristische Stimmungen in der Bevölkerung zu neutralisieren oder gegebenenfalls auf die eigenen Mühlen zu leiten. Hieraus – und aus den ungleichen militärischen Fähigkeiten – lassen sich Unterschiede zur US-Politik ableiten: „Wo die US-Regierung sich mit dem ‚Notwehr‘-Recht auf einen vorbeugenden Militärschlag begnügt, fordern die militärischen Spitzen der Bundesrepublik das Recht zu einem völkerrechtlich sozusagen empfohlenen Präventivkrieg.“ (S. 230)

Um das Exempel dieser modernen Kriegspropaganda und den Streit um die Zwecksetzung der EU kommt die Linke nicht herum, will sie nicht Gefahr laufen, unfreiwillig zum Helfer des „eigenen“ Imperialismus gegen den US-amerikanischen zu werden. Diese Grenze hat z.B. die Linkspartei-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann überschritten, wenn sie fordert: „Die Europäische Union muss ihr Kotau-Verhältnis gegenüber den USA beenden“. Die Linkspartei sei eine „proeuropäische Partei“ und strebe eine EU an, „die sich vom imperialen Hegemoniestreben der USA emanzipiert“. Da ist es nur noch eine Randnotiz, dass sie auch die Nutzung klassischer Instrumente emotionaler Bindung der Bevölkerung an einen Staat auf die EU angewandt wissen will: Es sei „ein barbarischer Akt an der europäischen Einigung“ auf eigene Flagge und Hymne zu verzichten, „weil sie Europa den Menschen näher bringen und Identität stiften“ (div. Newsletter der EU-Abgeordneten Kaufmann v. 9.10., 15.10., 3.11.´08).

Ganz anders das Buch vom Mitglied des Ältestenrats der Linkspartei Gregor Schirmer, der sich v.a. unter juristischen Gesichtspunkten durch die EU-Verträge kämpft. Auch er erkennt in der EU eine „kapitalistische() Unternehmung()“ (S. 11), verantwortlich für völkerrechtswidrige Kriege und Aufrüstung, für die Ausbeutung der „Dritten Welt“ und harsche Abschottung gegen Zuwanderung sowie Sozialabbau im Inneren.

Die EU-Verträge sorgen dafür, dass „die Schwelle von einem Staatenverbund zu einem Bundesstaat“ (S. 30) überschritten und staatliche „Souveränität allerdings durch Abtretung von Hoheitsrechten empfindlich eingeschränkt“ (S. 27) werden. Ganz erstaunlich offen sind die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog: „Die verfassungsmäßigen Kompetenzen der staatlichen Organe in den Mitgliedstaaten, sind (...) einem substanziellen Aushöhlungsprozess ausgesetzt.“ Und es sei fraglich, „ob man die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch uneingeschränkt als parlamentarische Demokratie bezeichnen kann“ (S. 42).

Warum Schirmer dann aber eine Auflösung der EU „aus linker Sicht (für) auch nicht erstrebenswert“ hält, bleibt uneinsichtig. „Der Rahmen ist unverzichtbar. Seine Institutionen und Verfahrensregeln werden gebraucht.“ (S. 11) Bleibt zu fragen: Wofür eigentlich?

Tobias ten Brink versucht in seiner wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit „Geopolitik“, Imperialismus theoretisch neu diskutierbar zu machen. Er geht von der Prämisse aus, dass Imperialismus auf kapitalistischer Ökonomie basiert. Weltweiter Kapitalismus – verbrämt z.B. als „Globalisierung“ – ist niemals auf Dauer friedlich, da er auf Konkurrenz beruht und daraus der „konfliktive (...) Charakter der Weltordnung“ (S. 42) resultiert. Somit sind „imperialistische Politikformen wesentliche Ausdrucksformen der Regulierung von Konkurrenz- und Konfliktverhältnissen“ (S. 17). Durch die „Globalisierung“ verändert sich wohl die Bedeutung der Nationalstaaten für das Kapital, sie verschwindet aber nicht, denn die „Bildung klassenübergreifender Koalitionen zur Sicherung des ‚Standortes‘ ist absolut zentral für die Sicherung kapitalistischer Verhältnisse“ (S. 102). Anders gesagt, staatliche Macht verschwindet nicht in einem ortlosen „Empire“ à la Michael Hardt und Toni Negri und Kapital agiert weiterhin auf nationaler Basis und ist auf die Unterstützung „seines“ Nationalstaates angewiesen. *F* ■

Werner Biermann/Arno Klönne: Ein Spiel ohne Grenzen. Wirtschaft, Politik und Weltmachtambitionen in Deutschland 1871 bis heute, PapyRossa Verlag, Köln 2009, 293 S., 17,90 Euro

Gregor Schirmer: Lissabon am Ende? Kritik der EU-Verträge, Kai Homilius Verlag, Reihe Compact, Nr. 2, Berlin 2008, 120 S., 7,50 Euro

Tobias ten Brink: Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 307 S., 27,90 Euro

Schlauer statt Rechts" Musik und mehr

Die Kampagne „Schlauer statt Rechts" hat jetzt eine DVD herausgegeben „Musik gegen Nazis" – eine Gemeinschaftsproduktion der Kölner Rap-Band „Microphone Mafia" mit der jüdischen Sängerin und Auschwitz-Überlebenden Esther Bejaro. Die CD gibt es kostenlos unter:

www.schlauer-statt-rechts.de

In der Kampagne „schlauer statt rechts" arbeiten die vier Arbeiterjugendverbände DGB Jugend NRW, SJD – Die Falken NRW, Landesjugendwerk der AWO NRW und Naturfreundejugend NRW zusammen.

Rechtsextreme versuchen Jugendliche insbesondere über das Medium Musik für sich zu gewinnen. Als niedrigschwellige Anspracheform spielt Musik eine große Rolle. Seit ihrer Entdeckung wird sie zur Stimmungsmache gegen Konkurrenten ebenso wie zur Verbreitung eigener Ideologien genutzt. Sie ist verbindendes Element unter Gleichgesinnten und fasziniert Unbedarfte.

Welche Rolle Musik im Nationalsozialismus gespielt hat und welche Rolle rechte Musik heute einnimmt, soll auf der CD zum Unterricht aufbereitet werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Kooperation mit Esther Bejarano als Überlebender des Mädchenorchesters in Auschwitz und mit der Microphone Mafia, als heute aktueller Band, die gemeinsam an dem Thema gearbeitet haben und schließlich gemeinsam Lieder neu vertont haben.

Dazu wurde auch ein Film von einer Lesung mit Esther Bejarano für die CD zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf hat ihre Argumentationshilfe gegen die rechte Schulhof-CD der NPD zur Verfügung gestellt. Die Präsentation „Rechtsextreme Musik im Internet" wurde von der Initiative jugendschutz.net zur Verfügung beigesteuert.

Die übrigen Materialien wurden von Aktiven aus den Jugendverbänden erarbeitet und umgesetzt. Begleitet werden die Bildungsbausteine von Hinweisen zur Methodik, die im Unterricht oder in der außerschulischen Bildungsarbeit angewendet werden können. Durch die Moderationsanweisungen soll auch inhaltlich unerfahrenem Lehrpersonal der Einstieg ins Thema erleichtert werden.

Quelle: www.schlauer-statt-rechts.de ■

Neonazismus und Rassismus in der Tschechischen Republik

Eine Veranstaltungsreihe in Münster, Dortmund, Düsseldorf und Bonn
Mit Referent/inn/en der Nichtregierungsorganisation „Tolerance a obcanská spolecnos" aus Prag.

Montag, 23. März, 20 Uhr, Münster
Im Interkulturellen Zentrum Don Quijote, Scharnhorststraße 57
Veranstalter: Antifaschistische Bildungsinitiative Münsterland und Antifaschistische Linke Münster, in Kooperation mit den ASten der FH und Uni Münster und dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Dienstag, 24. März, 19.30 Uhr, Dortmund, In der Auslandsgesellschaft NRW, Steinstraße 48 (hinter dem Hbf)
Veranstalter: Antifaschistisches Bündnis 28.03. und Antifa Union Dortmund, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Mittwoch, 25. März, 20.00 Uhr, Düsseldorf, Im zakk, Fichtenstr. 40
Veranstalter: INPUT - antifaschistischer Themenabend und Antifa-AK an der FH Düsseldorf, in Kooperation mit dem zakk und dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland

Donnerstag, 26. März, 20.00, Bonn
Im Kult, Hochstadenring 41
Veranstalter: Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

Im Herbst 2008 versuchten Neonazis – unter ihnen auch „Autonome Nationalisten" – in Litvínov (Tschechische Republik) mehrfach eine von Roma bewohnte Siedlung militant anzugreifen. Die Angreifer, die auch Sprengkörper einsetzten, bekamen Unterstützung von der extrem rechten „Arbeiterpartei". Mehr als zwei Stunden gab es Straßenschlachten zwischen den Neonazis und der Polizei. Mindestens drei Journalisten, ein Aktivist einer Nichtregierungsorganisation und ungefähr 20 Polizisten wurden verletzt. Elf der 12 angeklagten Neonazis wurden zwischenzeitlich freigesprochen. Die Neonazis feierten ihren „Erfolg" als Beginn des RAHOWA, des „Heiligen Rassenkriegs".

Was steckt hinter der immer aktiver werdenden Neonazibewegung in der Tschechischen Republik? Welche Kontakte gibt es zwischen tschechischen und deutschen Neonazis? Welche Rolle spielt die extrem rechte „Arbeiterpartei", die immer populärer wird? Worauf ist der zunehmende gesellschaftliche Rassismus und die wachsende Unterstützung bzw. Zustimmung für die Neonazis zurückzuführen? Und wieso gibt es so wenige Gegenaktivitäten und Gegenprojekte? Auf diese und andere Fragen werden die ReferentInnen von der Nichtregierungsorganisation „Tolerance a obcanská spolecnos" aus Prag eingehen.

„Tolerance a obcanská spolecnos" dokumentiert, analysiert und schafft Öffentlichkeit über die extreme Rechte und Rassismus in der Tschechischen Republik. Mehr als 50 Neonazis wurden aufgrund der Arbeit von „Tolerance a obcanská spolecnos" in den letzten zehn Jahren verurteilt. Ein wesentlicher Teil der Arbeit besteht in der Aufklärung über die extreme Rechte und die damit verbundenen Gefahren. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Seminar zur DDR

Vom 28.02 (9.15 Uhr) bis 1.03.2009 findet in der Jugendbibliothek-Gera e.V. ein DDR-Seminar statt. Themenschwerpunkte: Teilung Deutschlands, Kultur, Ökonomie, Staatsaufbau der DDR, und vieles mehr. (Anreise ist auch Freitag-Abend möglich, bitte vorher anmelden).
Ort: Jugendbibliothek-Gera e.V., Werner-Petzold-Str. 17, 07549 Gera

Weitere Infos:
www.jugendbibliothek-gera.7to.de
Mail: buch-gera@web.de

„Kapitalismuskritik" von Rechts

Nation & Europa Februar 2009

Der Monat Februar ist in vielen deutschen Regionen die Zeit des Karnevals. Coburg, Redaktions- und Verlagssitz von „Nation & Europa" scheint zu den Orten zu gehören, die vom Karnevalsvirus infiziert sind. Das hat offenbar die N&E-Redaktion zu einem Titelbild für die Februarausgabe veranlasst, dass als Vorlage für jeden rheinischen Rosenmontagszugwagen dienen könnte: In extremer Untersicht sieht man das Hermannsdenkmal bei Detmold. Ins Auge fallen die unglaublich klobigen bronzenen Beine, die auch einen Elefanten tragen könnten sowie der voyeuristisch anmutende Blick unter die Toga des Germanen. Was sich unter dem Kleidungsstück befindet, bleibt im wahrsten Sinne des Wortes im Dunklen. Den närrischen Eindruck verstärkt das Motto des Heftes: „Mit Arminius begann es: 2000 Jahre deutscher Freiheitskampf".

Dem auf der Titelseite angekündigten Thema widmet sich an prominenter Stelle KARL RICHTER – allerdings ohne jegliche närrische Beigabe. „Das Jahr 2009 ist ein Gedenkjahr der besonderen Art. Es bietet Gelegenheit, sich nicht nur des Beginns des Zweiten Weltkriegs, der Gründung der Bundesrepublik sowie des Versailler Diktats vor 90 Jahren zu erinnern, sondern auch einer epochalen Befreiungstat unseres Volkes: der sogenannten ‚Hermannsschlacht' im Teutoburger Wald vor 2000 Jahren, im September des Jahres 9 nach Christus". Nun fand die Schlacht nach heutigem Forschungsstand zwar gar nicht im Teutoburger Wald statt sondern in der Gegend von Osnabrück und von einem „deutschen Volk" konnte in einer Gesellschaft, die von einer Stammesstruktur geprägt war, beim allerbesten Willen noch keine Rede sein, aber das macht ja nichts. Für die Propaganda reicht auch Geschichtsklitterung aus. Und um nichts anderes als Propaganda geht es: „...die Vernichtung dreier römischer Legionen durch heimattreue germanische Ureinwohner war – in der verqueren Logik heutiger Gutmenschen – ein Akt krasser ‚Ausländerfeindlichkeit' und in ihrer Dimension nachgerade eine Vorwegnahme späterer ‚singulärer' Verbrechen". Es entzieht sich dem Verstand zwar, wie etwas singuläres, also einmaliges, vorweg genommen werden kann, aber um Logik geht es ja auch nicht. Übrig bleibt die propagandistische Gleichsetzung von fremdenfeindlichen Anschlägen mit einer 2000 Jahre zurückliegenden Schlacht am Rande des römischen Reiches im Sinne eines „Befreiungsnationalismus".

Bei Richter wird das alte Germanien, dass es als Nationalstaat niemals gab, mit dem heutigen Deutschland gleich gesetzt: „Denn für Umerziehungsopfer, manische Transatlantiker und Multi-Kulti-Fanatiker steht fest: Hätten die bärbeißigen Halbwilden aus Germaniens Wäldern Varus damals nicht mitsamt den Segnungen der großen, weiten römischen Welt plattgemacht, wäre den Deutschen viel Ungemach erspart geblieben. Statt zweitausendjährigem Ärger mit einer sperrigen Nationalgeschichte wären sie beizeiten vom mediterranen Völkerbrei des Imperiums Romanum aufgesogen worden, und der kräftezehrenden Disziplinierungsversuche der ‚Weltgemeinschaft' in Gestalt des Dreißigjährigen Krieges, der napoleonischen Besatzung und zweier Weltkriege hätte es nicht bedurft. Germanien wäre frühzeitig ein rechtsrheinisches Gallien geworden und hätte das Licht der Geschichte als selbständiges Volkssubjekt gar nicht erst erblickt – wie praktisch. So aber muß alles mühselig nachgeholt werden: die Entdeutschung, Entvölkerung und Entsouveränisierung. Der Prozeß ist, wie für jedermann sichtbar, in vollem Gange, diesmal augenscheinlich erfolgreicher". Das „linksrheinische Gallien" wurde zwar über verschiedene Zwischenstationen, darunter dem Frankenreich, dass auch große Teile des rechtsrheinischen Germaniens umfasste als Frankreich wesentlich früher als Deutschland zum souveränen, absolutistischen regierten National- und Zentralstaat, aber was macht das schon. Wesentlich ist der Propagandaeffekt. Und für den braucht es keine Wahrheit.

Ein Dr. JOHANNES SCHULZE macht sich „Gedanken zur Finanzkrise" und findet ein „System ohne Seele". So sieht „Kapitalismuskritik" von rechts aus: „Kapitalismus und Bolschewismus (Kommunismus), zwei materialistische Systeme, entwuchsen den Dogmen der ‚Aufklärung', nach Solschenizyn ‚identisch mit der seelischen Entwurzelung der Völker'. Beide sehen ihre Grundlage im Kampf um materialistische Vorteile, die einen im wirtschaftlichen (Existenz-) Wettbewerb der Marktteilnehmer gegeneinander um das Geld der ‚Konsumenten', die anderen im Klassenkampf der ‚Arbeiterklasse' gegen die Vermögenden (einschließlich der ‚Intelligenz')". Die erste Lektion lautet also: Kapitalismus und „Kommunismus" haben die gleiche Wurzel und sind sich ähnlich.

„An der Bankenkrise, die Milliardenbeträge ‚vernichtete' – oder in andere Brieftaschen transferierte – und Bankvermögen in Schulden verwandelte, dürfen natürlich nicht die millionenschweren Bank-, Kredit- und Wirtschaftsmanager schuldig sein.... Gehört die Gier nach rücksichtslos schnellem Profit, nach größtmöglicher Rendite, nicht zum System des ‚freien Marktes', zum inneren Kern des ‚American way of life'? Purer Materialismus ohne ethische Hemmungen?... Maßlose Profitgier zerstört Werte und zerfrißt sie, ohne neue zu schaffen. Grenzsetzungen und Aufsicht werden im Namen der ‚Freiheit der Märkte' abgelehnt.... ‚Freiheit' als Lösung aus den Fesseln der hergebrachten Sittenordnung, aus den Bindungen der Familie, der Gemeinschaft, ist jedenfalls im Altertum weder den Griechen noch den Römern wohl bekommen, war vielmehr das Vorstadium des Untergangs". Konservative Kapitalismuskritik: Zuviel Freiheit bringt den Untergang.

Um was es wirklich geht, kann man einige Seiten weiter in einer kleinen, halbseitigen Notiz von av (ANTON VERGEINER?) lesen: „Finanzkrise und Rezession haben manchmal auch positive Nebenwirkungen: Zum Beispiel übernehmen Einheimische plötzlich wieder Arbeiten, für die sie sich jahrzehntelang zu schade waren".

Auch die Einheimischen haben also ihre Freiheit missbraucht, weil sie nicht bereit waren, für jeden noch so geringen Lohn ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Das rächt sich jetzt, die Krise drückt die Löhne. Für den N&E-Autor eine der „positiven Nebenwirkungen" der Krise. Jetzt wissen wir, was hinter der sozialen Demagogie der Neonazis steckt. *tri* ■